

## Impressum

©LAIKA-Verlag Hamburg 2012 // LAIKAtheorie Band 12 // Markus Metz /  
Georg Seefßen: Bürger erhebt euch! // 1. Auflage 2012 // Satz und Cover: Peter  
Bisping // Druck: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm // [www.laika-verlag.de](http://www.laika-verlag.de) // ISBN:  
978-3942281-11-9

# Inhalt

Vorwort . . . . .	9
-------------------	---

## **I. Die Wurzeln der Erhebung**

Die Rebellion des Citoyens gegen den Bourgeois . . . . .	13
Kapitalismus und Demokratie (Backstory). . . . .	18
Die Arroganz der Macht . . . . .	35

## **II. Auf dem Weg zu einer unmenschlichen Gesellschaft**

Die Abschaffung der Freiheit . . . . .	65
Die Abschaffung der Gerechtigkeit . . . . .	126
Die gerechte Gesellschaft. . . . .	130
Die Abschaffung der Solidarität . . . . .	149

## **III. Reclaiming our lives: Zivilgesellschaft, Dissidenz und ziviler Ungehorsam**

Zivilgesellschaft, Bürgertum und Empörung. . . . .	199
Was ist ziviler Ungehorsam? Wesen und Form der neuen Erhebung. . . . .	204
Die moralische Revolution gegen den Neoliberalismus und ihr elektronischer Schatten. . . . .	228

## **Appendix**

Kleiner Zettelkasten für den Diskurs & Anregung zum Weitermachen (Mehr nicht, und weniger schon gar nicht) . . . . .	333
Literatur . . . . .	373
Anmerkungen. . . . .	377



# Vorwort

*»Widerstand und Verweigerung, auf allen Ebenen, an allen Fronten, sind integrale Elemente der Reise in die Freiheit«.*

Angela Davis

»Der Kapitalismus«, hat Graham Greene gesagt, »ist nur eine Art zu leben, an die man sich gewöhnt hat«. Karl Marx, der im Übrigen alles andere als ein »Anti-Kapitalist« war, zeigte uns zumindest das Katastrophische dieser Gewöhnung. Man muss den Kapitalismus nicht »hassen«; er hatte ernsthaft seine guten Seiten, und die Menschheit wäre ohne ihn vermutlich nicht in den Besitz so verdammt vieler Möglichkeiten gelangt, wie sich ihr heute bieten. Zu viele Menschen allerdings haben sich eben durch denselben Kapitalismus abgewöhnt, sich dieser Möglichkeiten zu bedienen, um die drei großen Projekte für eine menschliche Gesellschaft voranzutreiben, die diesen Namen verdient: Freiheit, Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit. Keiner dieser Werte ist »absolut«, keinen kann man mit Gewalt erzwingen, und keiner ist davor gefeit, missbraucht zu werden. Dass die drei mit-, in- und gegeneinander reibungslos funktionieren, hat auch niemand versprochen. Aber der rapide, durchaus sicht- und erfahrbare Abbau aller dieser drei Grundwerte der Gemeinschaft der Menschen, der Abschied nicht nur von der Realisierung, sondern sogar von der Wertschätzung von Freiheit, Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit selber, mag uns genügend empören, um allmählich etwas dringlicher darüber nachzudenken, was nach dem Kapitalismus kommen soll.

Und nicht viel anders verhält es sich mit der Regierungsform, die sich selber »Demokratie« nennt und die es sich so sehr angewöhnt hat, mit der eigenen Unvollkommenheit zu flirten, dass das beste Argument für sie bald auch das einzige ist: Alles andere ist noch schlimmer. Am dringlichsten aber ist das Nachdenken über das Verhältnis der beiden zueinander: Ist »Demokratie« überhaupt denkbar in einem »extremen« Zustand des Kapitalismus wie dem derzeitigen (und überhaupt)? Darf ein »authentischer« Kapitalismus überhaupt noch unabhängige Regierungen und Staaten dulden? Ist nicht die »ideale« Bedingung für die echte Freiheit des Marktes die Abschaffung der politischen Freiheit, oder, um

es mit den Worten von Karl Marx zu sagen: »An die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlverordneten Freiheiten ist die eine gewissenlose Handelsfreiheit getreten.« Belügen sich Demokratie und Kapitalismus, bevor sie uns, den Wählern und Marktteilnehmern, das Blaue vom Himmel herunter lügen, nicht so fundamental gegenseitig, dass sie nur gemeinsam verschwinden können (wenn nicht vor Scham, so wenigstens aus Überdruß)? Gehen sie Hand in Hand auf die Apokalypse zu oder, schlimmer, machen sie einfach, von Katastrophe zu Katastrophe, so weiter wie bisher? Und hat das noch mit unserem großen historischen Projekt zu tun, nämlich die Welt menschlich zu machen, nicht perfekt, nicht heilig, nicht erlöst, sondern einfach stets ein wenig besser in Bezug auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den geografischen, kulturellen und politischen Räumen, den Zeiten und Generationen, den Geschlechtern, Kulturen, Sprachen, zwischen den Subjekten und der Welt, zwischen dem Gegebenen und dem Gemachten?

Kritik, Opposition, Dissidenz, Ungehorsam gegen die unheilvolle Verbindung von Finanzkapitalismus und Postdemokratie hat viele Namen, viele Methoden, viele Ansätze, Wege und, logisch, Umwege. Aber vielleicht gibt es eine Forderung, die dem allen zugrunde liegt (und die uns scharf von aller Dissidenz auf der anderen, der »rechten« Seite trennt): Wir wollen nicht weiter mitgehen auf dem Weg in eine unmenschliche Gesellschaft!

Wenn wir uns empören über die neuen Exzesse dieser Lügen, die uns, wenn das Fernsehen nicht ausreicht, schon auch einmal mit Wasserwerfern, Pfeffersprays und Polizeiknüppeln eingebläut werden, kommen wir um die fundamentalen Fragen nicht herum: Ist das noch ein menschliches System (mit Fehlern, wie es sich gehört) oder ist es schon ein Riesenfehler der Menschheit? »Empört euch«, so lautete der Titel eines viel gelesenen kleinen Büchleins aus dem linksrheinischen Nachbarland, das an die verschüttete Fähigkeit des Bürgers erinnert, sich nicht alles gefallen zu lassen. Bravo! Doch scheint uns die *Kraft* der Empörung nur das eine. Das andere ist ihr *Ziel*. Es liegt irgendwo zwischen unserem Vorgarten (oder dem Fenster mit dem Basilikumtopf) und der ganzen Welt, vielleicht auch in der Beziehung zwischen beidem. Niemand, der glaubt, es dürfe und könne immer so weiter gehen wie im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, wird dieses Buch lesen.

Gene Sharp, der Begründer der *Albert Einstein Institution* zur Erforschung des friedlichen Widerstands, beschreibt die scheinbar simplen Bedingungen ziviler Revolte: »Als Erstes müssen Sie das bestehende System verstehen: Warum ist es so stark? Wo liegen seine Schwächen? Dann müssen Sie eine genaue Strate-

gie entwerfen. Viele Protestbewegungen scheitern an der Arroganz ihrer Anführer. Sie denken, sie wissen alles, könnten spontan entscheiden. Dabei sind diese Kämpfe komplizierter als militärische Auseinandersetzungen. Wichtig ist es, einen Punkt zu finden, an dem der Widerstand ansetzen kann.«

Diesem Vorschlag von Sharp, angewandt auf die Verhältnisse in Deutschland um das Jahr 2011, will dieser Versuch Material liefern, Verknüpfungspunkte von Kritik und Widerstand, die Suche nach den Punkten, an denen der Widerstand ansetzen kann und muss.

Wir leben nicht in subjektiv diktatorischen, nicht einmal in formal antidemokratischen Verhältnissen (auch die Postdemokratie trägt ja noch Züge der Demokratie), daher ist die Frage der Gewalt anders zu stellen als zum Beispiel in den Ländern Nordafrikas, in denen bürgerlicher Widerstand schließlich zum Sturz autoritärer und korrupter Regimes führte, aber auch den Bürgerkrieg als schreckliche Option nicht ausschließen konnte. Ziviler Ungehorsam ist eine Form des Widerstands, die dem humanistischen »Stresstest« durch die Macht-Exekution standhält. Das fällt nicht immer leicht, es ist eine zweifellos asymmetrische Auseinandersetzung zwischen den Bürgern und dem Staat, der aufhören will, der ihre zu sein. Und es ist nicht zu übersehen: Der postdemokratische Staat tendiert dazu, sein Gewaltmonopol zu missbrauchen. Nicht trotzdem, sondern gerade deswegen ist die Gewaltfreiheit des zivilen Ungehorsams ein höchstes Gut. Hier schon zeigt sich der Bruch zwischen einer Gesellschaft auf dem Weg in die Unmenschlichkeit und den Bürgerinnen und Bürgern, die für eine Zukunft mit menschlichem Antlitz eintreten.

Bürgerinnen und Bürger indes, die schon einmal Opfer von Polizeieinsätzen bei friedlichen Demonstrationen waren, die in die Mühlen der Überwachung gerieten, die mit der Staatsbürokratie oder mit den Systemen der strukturellen Korruption konfrontiert waren oder die Opfer von gezielten Kampagnen, von Rufmord und »narrativer Verleumdung« wurden, Bürgerinnen und Bürger, die bemerken müssen, dass Recht auch eine Sache der Anwaltskosten ist, die sich die einen leisten können und die anderen nicht (von einer Art von Anwälten ganz zu schweigen, die ohnehin nur in den Blasen des Finanzkapitalismus gedeiht), wissen nur zu gut: Der gewaltfreie Widerstand trifft auf einen Gegner, der seinerseits weder Mühe noch Ideen in Gewaltfreiheit investiert, sondern im Gegenteil Strategien der gezielten Gewalt-Eskalation benutzt: Der Verbund von staatlicher Gewalt, bürokratischer Drangsalierung, ökonomischer Austrocknung und medialer Denunziation ist die Superwaffe der Postdemokratie gegen ihre erklär-

ten - und: erklärt demokratischen! - Gegner. Eine weitere Gegenstrategie liegt in der Isolierung der einzelnen Gegner sowie im genussvollen »Divide et impera«. Den Rest erledigen die medialen »Blödmaschinen« (denen wir ein eigenes Buch gewidmet haben und die daher in diesem Zusammenhang natürlich nicht vernachlässigt, wohl aber nicht noch einmal »fundamental« erklärt werden müssen).

Die Frage ist nicht, ob es durch das Wirken von Finanzkapitalismus und Postdemokratie zu einem Bürgerkrieg kommt oder nicht; die Arroganz der Macht »erklärt« ihn jeden Tag aufs Neue, wenn es um die Interessen der neuen »Eliten« geht. Die Frage ist, ob er sich als »kalter Bürgerkrieg« in wechselnden Allianzen und »Frontlinien« in einen Alltag senken wird, in dem immer weiter Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unerreichbar fern rücken, oder ob ein solcher Bürgerkrieg zwischen der neuen politisch-ökonomischen Oligarchie und den Gruppen der Verlierer dieser ökonomischen wie sozialen Transformation unabdingbar »heiß« werden muss. Der historische Augenblick, in dem wir uns wohl derzeit befinden, ist jener, in der ziviler Ungehorsam aufhört, ein moralisches *Recht* zu sein. Er beginnt, zur *Pflicht* für jeden denkenden, fühlenden und handelnden Menschen zu werden.

\*

Auch dieses Buch ist Teil eines »work in progress«. Es ist natürlich unfertig, es lebt, weil es sich in viele Einzeluntersuchungen und Dokumentationen ebenso fortsetzt wie in die Praxis der Dissidenz; es sucht indes nach dem Fundamentalen, nach dem Zentrum der bürgerlichen Erhebung, der Begründung, der Form und dem Wesen. Es ist ein Essay, der viele Anregungen aufnimmt und weiterzugeben versucht. Der mittlere Teil des Buches etwa geht auf eine Reihe von Radio-Sendungen zurück, die die Autoren für den »Zündfunk-Generator« des Bayerischen Rundfunks gemacht haben; dementsprechend stehen hier auch Interviews, die dafür geführt wurden, mit im Vordergrund<sup>1</sup>. Das allererste Kapitel, »Die Rebellion des Citoyen gegen den Bourgeois«, wurde in kürzerer Form schon auf dem Blog »Das Schönste an Deutschland ist die Autobahn« zur Diskussion gestellt und hat sich durch diese Diskussionen auch weiter entwickelt. Der Appendix soll in erster Linie Anschlüsse und Anregungen vermitteln, nicht mehr und nicht weniger, es wäre ideal, wenn Leserinnen und Leser es als bescheidenen Nukleus einer wachsenden »Wikipedia« des zivilen Ungehorsams ansehen würden.

# I. Die Wurzeln der Erhebung

*»Der Mensch ist seinem Wesen nach ein politisches Lebewesen.«*

Aristoteles

## Die Rebellion des Citoyens gegen den Bourgeois

Für Menschen, die denken und fühlen, können »der Bürger« und »die Bürgerin« keine rundum sympathischen Erscheinungen sein. Deshalb sieht man sich gelegentlich gedrängt, das Bürgerliche zu überwinden, in der Welt und in sich selbst. Vermutlich gibt es nichts, was so tief bürgerlich ist wie die Sehnsucht nach dem Nicht-Bürgerlichen.

Die Hilfskonstruktion ist bekannt: Wir sprechen einerseits vom »Citoyen«, jenem Bürger des Staates, der dieser Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität abverlangt, wenn es sein muss auch mit den Mitteln des mehr oder weniger Ungehorsams. Das ist ein hellwacher, kritischer, aufgeklärter, zu Zeiten rebellischer, jedenfalls unruhiger Geist, der den Diskurs selber bestimmen will. Wir stellen uns den Citoyen und die Citoyenne als dynamische, empfindsame, eher schlankere Menschen vor, die irgendwie immer mit einem »Projekt« oder einer »Manifestation« beschäftigt sind. Ausruhen können sie später, wenn die Welt eine bessere geworden ist.

Und wir sprechen andererseits vom »Bourgeois«, jenem Nutznießer des Kapitalismus, der sich gern dem Gerechtigkeits- und Solidaritätsfimmel des Staates entzieht, der möglichst alles beim Alten belässt, es sei denn, es bringt ihm Profit und Vorteil; ein Mensch, der sich nichts daraus macht, zu genießen im Angesicht des Elends, der gleichwohl seine bigotten Rituale der Selbstbeweihräucherung hat, sei es in der Kirche oder vor dem Fernsehapparat, jemand, der sich blind stellt und sich gern verblenden lässt und der fette Speisen in einem fetten Körper begräbt. Bourgeois und Bourgeoise pflegen statt Projekten die kleinen Unter-



schiede. Insbesondere in ihrer verbreitetsten Form, nämlich als »petit« bourgeois ist ihre Mischung aus Habgier und Neid, Untertänigkeit und Hang zur ökonomischen Kriminalität einigermaßen unerträglich.

Der Citoyen (die Demokratie) und der Bourgeois (der Kapitalismus) sind nur auf den ersten Blick zwei Figuren in der Comedia dell'Arte in unserer Gesellschaft, wenn auch verwandte: Bourgeois und Bourgeoise zeugen ein Kind, das unbedingt ein Citoyen oder eine Citoyenne werden will; den Citoyens verdirbt die bourgeoise Familie das Projekt. Viel mehr aber sind Bourgeois und Citoyen die beiden Seiten ein und derselben Persona, in sehr, sehr unterschiedlichen Verhältnissen natürlich.

Radikal anti-bourgeois zu sein, endet in aller Regel mit einigermaßen unmenschlichen Zumutungen, nämlich entweder mit einer destruktiven und vor allem selbstdestruktiven Lebensweise der umfassenden Rücksichtslosigkeit (wir haben dazu Rollenmodelle wie »Aussteiger«, »Boheme«, »Subkultur«, »Nerd«, »Künstler« etc., welche allerdings, da sie bereits »Erklärung« und Mythos beinhalten, schon ihrerseits fest im bourgeoisen Diskurs verankert sind) oder aber mit einer mehr oder minder terroristischen Geste: Das Projekt (nennen wir es »Revolution«, nennen wir es, im Gegenteil »Rettung«) ist wichtiger als das Leben selbst und fordert entsprechend Opfer.

Der Bruch zwischen Citoyen und Bourgeois ist ohne Gewalt nicht zu haben (aber wir können durchaus zweifeln, ob er *mit* Gewalt zu haben ist). Doch ebenso wenig ist eine Versöhnung zwischen Citoyen und Bourgeois ohne die Produktion von Gewalt zu haben (wir können sogar argwöhnen, dass die Versöhnungsversuche von Citoyen und Bourgeois Produktionskräfte gesellschaftlicher Gewalt sind). Citoyen und Bourgeois erzeugen keine dialektische Einheit, sondern bilden im Gegenteil einen endlosen Zerfallsprozess ab.

Um das Dilemma zu verschärfen, stellen sich die Verhältnisse von Bruch und Vereinigung zwischen Citoyenne und Bourgeoise sowohl in Analogie als auch im Widerspruch zur Konstruktion des Citoyen/Bourgeois ab: Um vollwertige Bourgeoise werden zu können, muss die Frau dem Bourgeois (so kontrolliert und effizient das eben möglich ist) als Citoyenne begegnen, so wie sie andererseits – »im Interesse der Familie«, wie man so sagt – dem Citoyen als Bourgeoise begegnete.

Aber damit haben sich die Spaltungen längst noch nicht erschöpft, denn für jeden Bereich, Citoyen/Bourgeois oder Citoyenne/Bourgeoise oder Citoyen/Bourgeoise oder Citoyenne/Bourgeois gibt es noch je ein Innen und Außen, ein Intimes und ein Öffentliches, eine Sprache und ein Gesprochenes, eine Mythologie und eine Realität, eine gesellschaftliche Praxis und eine politische Repräsentierung, eine Zivilisation und eine Kultur und vieles mehr.

Zum doppelten/gespaltenen Bürger, den es gewiss in unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen, jedoch mit genügend Konstanten gibt, existieren nur drei Alternativen: Der Mensch, der *noch nicht* Bürger ist (Barbar und Bauer), der Mensch, der *nicht mehr* Bürger ist (über- und unterlebender Postmensch, möglicherweise) und schließlich die sub-bürgerliche Lebensform einer wachsenden Anzahl von »Verlierern« des meta-bourgeois Weltkapitalismus. Das Proletariat von einst, das sich als Klasse gegenüber einer anderen Klasse sehen konnte, hat sich gespalten in ein Kleinstbürgertum (mit einer *Fake*-Bourgeois-Kultur), ein Prekariat (das von individuellem Überlebenskampf und der einzigen Sorge, nicht ins allerletzte Segment abzurutschen, geprägt und gelähmt ist) und schließlich etwas, was man nicht nur im angelsächsischen Sprachbereich so deutlich zu bezeichnen eingeübt hat: Trash, menschlichen Abfall, überflüssige Menschen, die man »durchfüttert«, »mitschleppt« und es, kaum weht der Wind einmal wieder ein wenig rauer, am liebsten auch nicht mehr täte.

Wir werden sehen, dass der Klassenkampf durch diese Transformation mitnichten beendet, sondern im Gegenteil auf brutale Weise verschärft wurde. Und dies sowohl in der direkten Konfrontation der gesellschaftlichen Teilmengen als auch im Bewusstsein wie in der »Seele« des Bourgeois/Citoyen. Wir erleben beständig so etwas wie einen »inneren Bürgerkrieg«. Denn nie war für ihn dieses Empfinden so ausgeprägt: Wovon der Bourgeois am meisten profitiert, das kann für den Citoyen ganz einfach nicht erträglich sein.

So kann schließlich der kapitalistische Diskurswechsel, den wir unter den zweifellos einigermaßen irreführenden Schlagwörtern »Neoliberalismus«, »Globalisierung« und »Finanzkapitalismus« zusammenzufassen uns angewöhnt haben, nicht umhin, neuerlich einen enormen Druck auf eine »endgültige« Spaltung von Bourgeois und Citoyen auszuüben (wäre es so einfach, wie wir uns das wenigstens für die Bilder immer wieder erhoffen, so sähe der eine »Bürger« aus wie Josef Ackermann und der andere wie der akademisch gebildete Teilnehmer der Protestkundgebung gegen Stuttgart 21).

Freilich geht es nicht nur um die Spaltung des Bürgers in einen Nutznießer und ein »Gewissen« oder wenigstens um die zwischen dem kurzfristigen, egoistischen Profit innerhalb des Systems und der langfristigen, assoziativen Sorge um die Erhaltung des Systems selber (und sei es der ganze Planet, der an seiner Ausplünderung und Vergiftung zugrunde geht), es geht vielmehr um verschiedene Sprachen, Zeichen, Erzählungen, Bilder etc. Das größte Problem zwischen Citoyen und Bourgeois ist nicht ihre unauflöslche Hassliebe zueinander (zwei

zänkische Seelen in einer Brust), sondern ihre semiotische Drift: Sie verstehen einander einfach nicht mehr.

Wer hat das angerichtet? Und was folgert daraus? Besteht die Lösung, wenn es eine gibt, darin, dass sich Citoyen und Bourgeois (nebst den erwähnten Ableitungen im *Gender*-Diskurs) wieder »versöhnen«, Ausgleich und Sprache finden? Oder vielmehr darin, den Bruch, den de facto der »neue« Kapitalismus und sein Bourgeois-Protagonist vollzogen hat (bis hin in seinen Verzicht auf das, was dem alten Bourgeois einmal als Kultur wertvoll und hilfreich schien), endlich auch bewusst und politisch zu realisieren: Spätestens, wenn der Bourgeois zur Wahrung seiner Profitinteressen den Polizeiknüppel gegen seinen Bruder und seine Schwester, Citoyen und Citoyenne, aktiviert, müsste klar sein, dass dieser Bruch mit den gewohnten, den kulturellen, medialen, semiotischen, politischen und sogar sexuellen Mitteln nicht mehr zu kitten ist.

Eben die Mittel, die vordem für einen Ausgleich und für die Moderation zwischen Citoyen und Bourgeois sorgten – urbane Strukturen, kulturelle Ambivalenzen, Stätten der Subversion wie der Einsicht, die Kulte der Versöhnung, nicht zuletzt in der Kunst, der Wissenschaft, von der Religion ganz zu schweigen, aber auch in der semiotischen Mikrophysik, den Moden, den Repräsentationen von Körper und Subjekt, im öffentlichen Raum etc. – kurzum die semiotischen, mythischen und realen *Treffpunkte* von Bourgeois und Citoyen wurden eingespart, abgeschafft, transformiert. Ein Bourgeois, wir sehen es nicht nur an Berlusconis langer Herrschaft, regiert leichter mit Teilen des Prekariats (und, sehen wir uns die Wahl-Analysen an, leichter mit der Zustimmung durch Verängstigung als durch das Projekt bis in die Beziehungen von Bourgeois und Bourgeoise hinein) als mit den Citoyens. Der »Populismus«, den wir allenthalben am Werk sehen, und der offensichtlich, so oder so, drauf und dran ist, das Erbe der repräsentativen Demokratie zu übernehmen, ist eben nicht nur eine den medialen und sozialen Gegebenheiten angepasste neue Herrschaftstechnik, sondern auch eine ganz direkte Folge dieser absurden Inversion des Klassenkampfes.

So ist, paradox genug, für »das System« beinahe noch gefährlicher als seine radikale und schamlose Ungerechtigkeit, mit der es ein irgendwann unerträgliches Gefälle zwischen »Gewinnern« und »Verlierern« erzeugt, das Auseinanderfallen der so oder so herrschenden, der bürgerlichen Klasse. Der große Irrtum des Bourgeois, zu glauben, er könne ohne den Citoyen auskommen (denn man hat neue Sinn-, Steuerungs- und Zeichensysteme entwickelt, die offensichtlich

weder der Intelligenz noch der Integrität bedürfen) beginnt, die ersten Symptome einer tödlichen Krankheit zu zeigen.

Es wird eine dringende Aufgabe sein zu zeigen, dass das Weltbild des neuen Bourgeois in Europa im allgemeinen und in Deutschland im besonderen ganz einfach unmenschlich ist, dass seine Herrschaftsmittel sich bereits vom Postdemokratischen zum Antidemokratischen entwickeln, dass die »Kultur«, die Aspekte des Bourgeois und des Citoyen zu moderieren, weitgehend vernichtet wurde, dass die »politische Klasse« auch dort einen Klassenkampf von oben führt, wo ihre Mitglieder nicht im Berlusconi-Stil den Staat als Medium der eigenen Interessen benutzen (und dies als Pseudo-Ideologie der negativen Freiheit in der Gesellschaft versenken), dass »Fortschritt« bereits ein Aneignungsinstrument einiger weniger unter den Besitzenden und nicht allzu viel mehr ihrer Parasiten geworden ist. Und es wird zu zeigen sein, dass Citoyen und Citoyenne zu Kritik, Ungehorsam und Widerstand das Recht und die Pflicht haben (oder, wie man so sagt: für immer schweigen sollen).

Auf dem Prüfstand stehen die drei WERTE jeder akzeptablen, humanistischen, demokratischen und aufgeklärten Gesellschaft: Die Freiheit. Die Gerechtigkeit. Die Solidarität.

Dass der Mensch der modernen bürgerlichen Gesellschaft immer zugleich Bourgeois und Citoyen sein sollte, hat dieser Gesellschaft ihre besondere Dynamik verschafft, in ihren besten Zeiten eine gewisse Balance (von »Harmonie« wollen wir in einem solchen System aus Effizienz und Unterhaltung so wenig sprechen wie vom »Glück« in einer Gesellschaft, die seit Thomas Hobbes immer nur das »Erfolg-Haben« und dann gleich Weitermachen kennt), in ihren schlimmsten Zeiten aber auch technisch-bürokratische Gewalttätigkeit. Diese Gesellschaft war als das »geringste Übel« zu akzeptieren, solange sie ihre eigene Verbesserbarkeit (in Hinblick auf die WERTE, wohlgemerkt) mindestens zu *einem* ihrer Inhalte zu zählen bereit war. Doch es sieht so aus, als wolle sich nun endgültig die negative vor die positive Freiheit schieben (also die Freiheit der Unternehmer von staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle vor die Freiheit jedes Individuums, seine Fähigkeiten zu entfalten), die Marktdynamik vor die Gerechtigkeit und die klaglose Konkurrenz (noch im untersten Segment des Markt- und Arbeitszugangs) vor die Solidarität (nicht die Solidarität der Gabe, die, wie wir seit Aristoteles wissen, immer auch ein Angriff auf den Stolz des Menschen ist, sondern die Solidarität als Verbindung von Zärtlichkeit und Fairness<sup>2</sup>). Macht in dieser Gesellschaft derzeit wird zum größten Teil dazu verwendet, die moralische und

soziale Verbesserbarkeit zum Verschwinden zu bringen (semiotischer Wahnsinn wie »alternativlos« ist da nur ein winziges Symptom einer umfassenderen Krankheit der Selbstversteinerung).

Demokratie, Kultur und Sprache (Praxis, Theorie und Bild) jener bürgerlichen Gesellschaft, die auf einem dynamischen Ineinander von Impulsen der Bourgeois und Impulsen der Citoyen aufbaute, haben ihre Bankrotterklärung abgegeben. Genauer gesagt: Das, was wir »Medien«, »Unterhaltung« oder »Information« nennen, ist offenbar nichts anderes als eine kulturelle Bankrotterklärung als *work in progress* (das System macht gewissermaßen aus seiner eigenen Bankrotterklärung ein florierendes Geschäft).

Der wieder erwachende Citoyen, die wieder erwachende Citoyenne müssen sich die Medien der Kritik erst wieder erobern, möglicherweise neue entwickeln. Ihr Ungehorsam muss die Keimzelle einer neuen (politischen) Kultur sein. Er und sie haben dabei zunächst keine unverdächtigen verbündeten gesellschaftlichen Institutionen; die Gewerkschaften, die organisierte politische Linke, das kulturelle Milieu, aber auch die »neuen« sozialen Bewegungen. Die ökologischen, die feministischen, die subkulturellen Diskurse, die Intellektuellen, die Universitäten, die Künstler: von alledem ging nicht nur die soziale Praxis, sondern auch der Diskurs (die Idee und die Sprache) weitgehend verloren. Sie sind, in aller Verärgerung gesagt, so »bourgeois« geworden, dass es nicht mehr Idee und Organisation, sondern allenfalls Einzelne sind, die, nur zum Beispiel, einer kritischen und rebellischen Jugend die Ideen geben können. Das hat nicht nur Nachteile. Im zivilen Ungehorsam gegenüber dem fundamentalbourgeois System müssen Citoyen und Citoyenne sich selber neu begründen. Wir haben ein zugleich politisches, philosophisches und ästhetisches Projekt vor uns: Die von der Bourgeoise des Neoliberalismus verworfene Kultur (jede Art von Intelligenz, um genauer zu sein, die über Unterhaltung und Markteffizienz hinausgeht) ist dabei ein entscheidendes Medium. So sehr wie die Straße jenes urbanen Raumes, der vom politischen Immobilienmarkt zum unbewohnbaren Unort gewandelt wird.

Kritik, Widerstand und Ungehorsam der Citoyen-Revolve sind notwendig. Kritik, Widerstand und Ungehorsam sind aber auch schön. Sie enthalten das Glück des Menschen auf dem Weg zu sich selbst.

## Kapitalismus und Demokratie (Backstory)

So weit musste es kommen: Was uns interessiert, derzeit, das ist nicht einmal mehr Bosheit, Ungerechtigkeit und Unfrieden der »bürgerlichen Gesellschaften«

des Westens, sondern das Elend und die Brutalität, die ihr Zusammenbruch freisetzt, ihre Transformation in ein Wirtschafts- und Regierungssystem, für das wir noch keinen Namen haben, von dem wir aber allenthalben den Vorgeschmack erhalten. Einem Menschen, der zugleich halbwegs bei Verstand ist und sich auf ein mitfühlendes Herz besinnen mag, kann es daher weder um die »Überwindung« des gegenwärtigen Systems noch um die »Erhaltung« dieses Systems gehen, wie man es auch nennen mag, sondern es geht um die Rettung des Menschen und um die Rettung des Menschlichen. Was waren das für Zeiten, über die Bert Brecht klagen konnte, wo ein Gespräch über Bäume zum Verbrechen werden musste, weil es das Schweigen über so vieles andere mit einschloss. Und was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über eine bessere Gesellschaft zum Verbrechen werden muss, weil es das Schweigen über die Furchtbarkeiten der gegenwärtigen miteinschließt?

Es ist das eine, von der Postdemokratie als zersetzter Herrschaftsform zu sprechen, in der noch Formalien der einstigen repräsentativen und parlamentarischen Demokratie in den Medienpopulismus und die Herrschaft der ökonomischen »Eliten« geltend übernommen wurden und in der einige fundamentale Rettungsanker des Rechtsstaates im großen und ganzen noch funktionieren, auch wenn sie im Einzelnen beständig ausgehöhlt und verwischt werden. Man kann das, wie Colin Crouch es getan hat, anhand des Zerfalls der demokratischen Institutionen, von der Wahl über die Parteien bis hin zum Wandel der Pressefreiheit in die Freiheit der Medienkonzerne aufzeigen: Einerseits wird Demokratie immer mehr zu einem Spiel mit falschen Karten, andererseits gibt es immer weniger, die überhaupt mitspielen. Und die Protagonisten haben über diesem Spiel mit den gezinkten Karten, in dem jeder jeden betrügt, in dem aber auch viel zu holen ist, die äußere Wirklichkeit längst aus den Augen verloren. Die Spieler sind blind gegenüber den Katastrophen ringsumher, und blind werden so ernüchternd rasch auch jene, die neu dazukommen und behaupten, redlich spielen zu wollen im Interesse der Menschen: Die Korruptions- und Verblendungsfähigkeit des Systems übersteigt bereits die Fähigkeit der Gesellschaft, Persönlichkeiten auszubilden und zuzulassen, die sich ihr widersetzen.

Das andere ist es, von den Transformationen der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen und der bürgerlichen Kultur im besonderen zu sprechen (die Beobachtung der beiden Diskurswechsel stehen an den entgegengesetzten Enden dessen, was der progressistische oder »Realo«-Flügel des neuen Kleinbürgertums »Kulturpessimismus« zu nennen pflegt und traditionell als »elitär«, »arrogant«

und »reaktionär« von sich weist). Der »ungezügelter Kapitalismus«, selber schon ein Mythos (als wäre man aus einem Paradies des gezügelten Kapitalismus mit menschlichem Antlitz verstoßen), kann nicht gedacht werden, ohne seine beiden Begleiterscheinungen: die öffentliche Herabstufung, in Diskurs wie in Inszenierung, traditioneller humanistischer Werte. In einem ansonsten nicht allzu erwähnenswerten kleinen Film spielt Mick Jagger den Boss eines »Begleitservices«, und ein Mann, der in seine Dienste treten will (weil er es als Schriftsteller zu nichts bringt), fragt ihn rundheraus, ob er sich für seine Prostitution nicht schäme, und er antwortet: Schämen müsste ich mich nur, wenn ich arm wäre. Und das dritte ist der rapide Verfall einer Kultur, die humanistische Werte (gegenüber dem einzigen und umfassenden Geld-Wert) oder den Sinn für eine Schönheit von Natur und Kultur vermitteln könnte, die es zu bewahren gälte. Um nun die apokalyptischen Reiter über der bürgerlichen Gesellschaft zu vervollständigen, gibt es eine neue Biopolitik, die man, im volkstümlichen Diskurs unserer Medien etwa, so beschreiben könnte: Vergeistigen war gestern. Das Gebot der Stunde ist: Verkörpern!

Die klassische bürgerliche Gesellschaft bestand aus einer, wenngleich durchaus spannungsreichen Einheit von Lebens- und Gesellschaftsfeldern: Herrschaft (die politische Karriere), Verwaltung (die Beamten-Karriere), Erziehung, Bildung und Lehre (die Pädagogen- und Hochschul-Karriere), Religion (die theologische Karriere), Kultur (die Künstler-Karriere), Wissenschaft und Technologie (die Ingenieurs-Karriere), Krieg (die militärische Karriere), Kolonialismus (die Forscher- und Abenteuer-Karriere) und Wirtschaft (die kaufmännische Karriere). Gemeinsam, wir erinnern uns, waren sie unausstehlich genug, diese Subsysteme der bürgerlichen Herrschaft, doch wenn eines dieser Subsysteme allzu übermächtig wurde, pflegte sich bürgerliche Rationalität mit bemerkenswerter Geschwindigkeit in schieren Wahnsinn zu verwandeln. Die Antwort war ein striktes Aufeinanderbezogensein dieser Subsysteme (zumindest theoretisch und »narrativ«), was indes Korruption, im ganz direkten Sinne wie im systemtheoretischen Sinne, nicht nur wahrscheinlich, sondern geradezu notwendig machte. Das System der bürgerlichen Herrschaft funktioniert, insofern seine Subsysteme die Fähigkeit haben, sich wechselseitig zu korrumpieren und sich unter zwei Umständen radikal und fundamental (was nicht dasselbe ist!) zu vereinigen, nämlich einerseits im Angesicht eines äußeren Feindes (so hätte bürgerliche Herrschaft sich den Kommunismus erfinden müssen, wenn es ihn nicht gegeben hätte) und andererseits im Angesicht des Auseinanderdriftens der Subsysteme. Beide Bedrohun-

gen sind nun ihrerseits aufeinander bezogen: Das Abhandenkommen des äußeren Feindes führt automatisch zum Auseinanderdriften der Subsysteme. Militär, Wissenschaft, Religionen (und »Ersatzreligionen«), Pädagogik, Ökonomie und Staat, sie alle erzeugen zugleich ungeheure Korruptionsenergien und ein »Eigenleben«. Die Subsysteme sind weder rational noch durch zu vermittelnde »Werte« miteinander verbunden, sondern ausschließlich taktisch und – durch Korruption (wir tun übrigens durchaus gut daran, gelegentlich unsere Aufmerksamkeit auf den Listenplatz Deutschlands in der Rangliste der »korruptesten Staaten« zu lenken; und hier wird nur die direkte, ökonomische Korruption verhandelt!).

Die Stärke und der Geburtsfehler der bürgerlichen Gesellschaft besteht darin, dass sich das Subjekt ihrer Gestaltung, die »bürgerliche Klasse«, ihre Freiheit (und die der anderen, bzw. deren Verweigerung) aus einer ökonomischen Emanzipation entstanden wähnt: Die bürgerliche Freiheit entstand nicht *im* Kapitalismus, sondern *durch* den Kapitalismus. Ökonomischer Erfolg wollte politische Macht werden, und das war am Anfang durchtränkt von humanistischer Utopie, hier und da. Im Jahr 1803 formulierte es Johann Karl Daniel Curio, Lehrer und Schriftsteller in Hamburg, so: »Wir haben keinen Adel, keine Patrizier, keine Sklaven, ja selbst nicht einmal Untertanen. Alle wirklichen Hamburger kennen und haben nur einen einzigen Stand, den Stand eines Bürgers. Bürger sind wir alle, nicht mehr und nicht weniger.«

Diese Begrenzung und Selbstbegrenzung gehört zum Wesen des »neuen« Bürgers. Sein Credo fasst sich in der berühmten Forderung »Sei dein eigener Knecht und Herr!« zusammen. Ein autonomes Subjekt, das Hierarchie und Arbeitsteilung in sich selber aufhebt, das sich zugleich als Material, Werkzeug, Besitz, Ware und Konsument versteht. Und als Kritiker von alledem. Darin besteht der große Unterschied zum radikalen »Niemandes Herr und niemandes Knecht« der Anarchie: Diese lehnt die Ordnung ab, die bürgerliche Gesellschaft dagegen subjektiviert und verinnerlicht sie (sie träumt davon, an die Stelle der gewaltsamen Ordnung den *in sich* ordentlichen und geordneten Menschen zu setzen), und sie kann sich anders nicht entfalten als auf ihrem ureigenen Gelände, dem Markt. Wie sollte diese Klasse, die dem Adel die absolute Herrschaft nur nehmen konnte durch die Bank und durch die Ware, nicht dieses Instrument seiner eigenen Erschaffung heiligen? Der Bürger wurde erschaffen durch das Geld und durch die Ware; er »suhlt sich« darin, aber es eckelt ihn auch davor. Daher unternahm er es, paradox genug, mit seinem Geld Werte zu schaffen. Und er definierte auch, was seinen Staat anbelangt, seine politische Position durch das



Budget-Recht (im Übrigen eines der ersten Rechte, die die Postdemokratie dem repräsentativen Apparat der demokratischen Institutionen nach und nach fort-nimmt). Der Bürger bzw. »das Volk« kann Herrschaft mitbestimmen, solange es den exekutiven Herrschern den Geldhahn zudrehen kann. Was davon geblieben ist: Die »Haushaltsdebatte« als Medienspektakel (für einmal ist der Plenarsaal nicht gähnend leer), denn Jahr für Jahr wird der Moderator nicht müde, von einer »Generalabrechnung« zu sprechen, und Jahr für Jahr sind wir drauf und dran, ihm diesen Blödsinn zu glauben.

Die Subsysteme Politik und Ökonomie, die zentralen Kräfte der bürgerlichen Herrschaft, begegnen sich längst nicht mehr allein über das Budget-Recht, und im Stadium der Postdemokratie verlaufen entscheidende Ströme zur Finanzierung des Staates (der vor allem zur Refinanzierung der Wirtschaft dient: der postdemokratische Staat ist im Wesen die größte vorstellbare Geldwäsche-Apparatur für die ökonomische Elite) im Jenseits von Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit. Stattdessen finanzieren sich Parteien und Regierungen auf sehr viel direktere Weise: jeden erstaunlichen Vorteil, den ein Wirtschaftsunternehmen oder ein Wirtschaftszweig davonträgt, kann man sehr einfach, wenn man denn Einblick nehmen darf, in Bezug zur Höhe der Parteispenden setzen.

So mag man sich über die Jahre hinweg gewundert haben, wie ein merkwürdiger Befall deutscher Innenstädte durch Spielautomaten-Salons zustande kam, wo doch der soziale Gefährdungsgrad und die unglücklichen urbanen Begleiter-scheinungen zur Genüge publik waren. Im Februar 2011 erst wurde dann nachgewiesen, was unter der Hand längst kommuniziert war: Der Marktführer für Spielautomaten hat seit etwa 20 Jahren mehr als eine Million Euro an Spenden für Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN verteilt, und zwar so »gestückelt«, dass sie nicht in den entsprechenden Rechenschaftsberichten auftauchten. Der Trick ist einmal mehr: Nicht ein einzelner Politiker oder eine einzelne Partei wird korrumpiert, sondern ebenfalls alle anderen, die etwas dagegen haben und sagen könnten, so dass niemand in der Parteiendemokratie ein Interesse daran haben kann, den Vorgang öffentlich zu machen oder zu kritisieren. So tritt neben die strukturelle Korruption (das Subsystem macht das andere von sich abhängig und hindert es daran, dem eigenen hinderlich zu werden) nicht allein die am Ende eben nicht einmal »illegale« direkte Korruption, sondern es tritt neben die Korruption *im* System die Korruption *des* Systems. In den USA, heißt es, werden pro Jahr drei Milliarden Dollar allein in jene Lobby-Arbeit investiert, die die Gesetzgeber für eine Arbeit im Sinne der Super-

reichen beeinflussen sollen. Im Fall des Bundespräsidenten Christian Wulff im Deutschland des Jahres 2012 erfuhr die Öffentlichkeit nicht allein von einigen politisch-moralisch eher zwiespältigen Formen der Vermischung von politischer Macht und privaten Finanzgeschäften, sondern vor allem, schrecklicher, von vielen Dingen, die bereits Gewohnheit und, wie es in Bezug auf die Finanzierung eines Filmball-Besuches durch eine Marmeladenfabrik hieß, »rechtlich in Ordnung« sind.

Die relative Stabilität eines Systems wie des unseren spreizt den Vorgang in der Zeit: Dass Politiker nach Ablauf ihrer politischen Laufbahn bestbezahlte Posten auch und gerade in jenen Konzernen erhalten, mit denen sie während der aktiven Zeit zu tun hatten, scheint mittlerweile im Mainstream akzeptiert. Gerhard Schröders Wechsel zu »Gazprom« war noch einigermaßen öffentlich kommuniziert, ebenso die 10,99 Millionen für die Rechtsberatung durch die Anwaltskanzlei von Friedrich Merz, Fraktionschef der CDU/CSU und Mitbegründer der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, beim Verkauf der staatlichen WestLB; der Wechsel einer Grünen-Politikerin in die PR-Abteilung der Tabak-Industrie wird noch grimmig belächelt. In aller Regel aber wird diese zeitlich aufeinander folgende Interdependenz als Teil unserer »politischen Kultur« hingegenommen und ganz sicher nicht als wirkliche »Korruption« behandelt. Allerdings: Die »UN-Konvention gegen Korruption« aus dem Jahr 2009 wurde von der damaligen deutschen Regierung unterzeichnet, aber nie ratifiziert, da sich für eine so weit gehende Maßnahme gegen, unter anderem, »verwerfliches Beeinflussen eines Abgeordneten« keine parlamentarische Mehrheit findet. Wie demokratisch aber mag eine mediale Öffentlichkeit noch sein, die es hinnimmt, dass sich die politische Klasse nicht einmal auf Mindeststandards der praktischen politischen Moral einlassen will?

Bemerkenswerterweise nun also hält sich auch die öffentliche Aufregung über einen solchen Vorgang (nicht mehr als ein Lehrbeispiel in kleinem Maßstab, wenn man die Beziehungen von Rüstungsindustrie, chemischer Industrie und nicht zuletzt Atomindustrie zur demokratischen Regierung und ihren Parteien betrachtet, aber immerhin mit einem gewissen »Geruch« behaftet) in engen Grenzen. Alles andere, sagt man zu solchen Enthüllungen, hätte uns auch gewundert. Die Parteienfinanzierung hat nun ein doppeltes Gesicht: Sie verzahnt nachhaltig ökonomisches Interesse mit politischer Handlung, und sie hebelt das urbürgerliche Recht des Budgets aus. Die politische Klasse wird nicht vom Volk (dem »Souverän«, wenn's nach der Rhetorik ginge) finanziert, sieht man von der

Zwangsfinanzierung durch die Steuern ab, die gleichsam die Basis bilden für den finanziellen Wettlauf der Parteien, sondern von Industrie und Handel. Nationale Grenzen dafür gibt es natürlich auch nicht.

Ein Mensch, der »eigener Knecht und eigener Herr« sei, ist unter solchen Bedingungen nicht vorstellbar, sehr wohl dagegen jener, der Bestechungssubjekt und Bestechungsobjekt zugleich ist. Das Selbstbewusstsein, das der Bürger (in seiner Idealvorstellung vor zweihundert Jahren) auf dem Markt erwarb, um es als politisches Recht der Herrschaft entgegen zu halten, ist durch Korruption vollständig aufgebraucht, denn dieses ökonomische Selbstbewusstsein ließ sich nur in politische Werte verwandeln, wenn zumindest allgemein angenommen werden konnte, dass man seinen Reichtum auf dem Markt »mit rechtmäßigen Mitteln« erworben hätte. Der »ehrbare Kaufmann« (mochte er ignorant, bigott, geizig, hartherzig und überhaupt gänzlich unausstehlich sein) war die Voraussetzung jeder Vorstellung von bürgerlicher Demokratie.

Der selbst begrenzte und zugleich selbstbewusste Mensch kann die Welt nicht allein als Bühne oder als System von Fragen, die es zu beantworten gilt, betreten, sondern als Markt, oder genauer als Vision des Marktes, da er den realen Markt zugleich, um seine Stellung zu wahren, nicht mehr persönlich betritt. Der gute Bürger in seiner idealen Gesellschaft ist nicht nur einer, der nicht arbeitet, sondern arbeiten lässt, sondern er ist auch einer, der nicht handelt, sondern handeln lässt. Als ideales kulturelles und politisches Subjekt dagegen ist er erhoben über den »Niederungen« des Marktes; für Löhne, Preise und Profite hat er seine Angestellten. Er wird, nur zum Beispiel, »Senator«, um seine ideale Bürgerlichkeit zu erfüllen, um die ökonomische Macht seiner Klasse auf ebenso »ehrbare« Weise in politische Macht zu übersetzen. Wenn es dort Voraussetzung ist, dass er sich auf dem Markt nicht »die Hände schmutzig macht«, um als »ehrbarer Kaufmann« Würde und Vertrauen zu genießen, so ist es hier Voraussetzung, dass er sich über das »niedere Gezänk« der Politik erhaben zeigt, er ist, könnte man wohl sagen, vorrangig mit der Produktion von Würde beschäftigt (deshalb liebt ihn, hofft er, auch das Volk, weil er der perfekte Darsteller der Transformation von ökonomischer in politische Macht ist). Niemand würde unseren Senator auch nur in die Nähe eines Verdachtes der klitzekleinsten Korruption rücken wollen, stattdessen scheint in seiner Repräsentation auf, was in beiden Subsystemen, dem kapitalistischen Markt und der demokratischen Regentschaft, verloren ging: die Ordnung. Die Antwort der bürgerlichen Kultur auf den unlösbaren Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie (der zugleich die einzig mögliche Antwort auf

den Anspruch der bürgerlichen Klasse nach Emanzipation ist) ist die »Persönlichkeit«. Jener selbstständige Mensch, der sich auf dem Markt die Hände nicht schmutzig macht und der sich im Parteiengezänk nicht beirren lässt: der Demokrat, der eigentlich gar keiner ist, sondern vielmehr eine mythische Wiederkehr des »guten Herrschers« (mit dem Zylinder statt der Krone, im Gruppenbild statt auf dem Thron).

Die bürgerliche Gesellschaft sollte eine Gemeinschaft der Selbstständigen sein. Das war der Traum. Unterschiede sollten daher durch persönliche Leistung und nicht durch gesellschaftliches Privileg markiert sein. Der Senator (als trivialkulturelles Abbild des meta-demokratischen Repräsentanten der Übersetzung von ökonomischer in politische Macht und umgekehrt) ist einer, der sich »verdient gemacht« hat. In der Erzeugung von Waren, der Eroberung von Märkten und der Erarbeitung von Stellungen (am Ende natürlich auch als jener, der Arbeitsplätze schafft, der Wohlstand, gütig und in Maßen, von oben nach unten weiterreicht). Immer hat sich die »Persönlichkeit« zugleich gebildet und war schon Voraussetzung. Weil sich in ihm ökonomische und politische Macht von vornherein auf »kultivierte« Weise vereinten, war unser Herr Senator für strukturelle wie für persönliche Korruption nicht zugänglich (Verfehlungen waren durch einen Pistolenschuss im Namen der Ehre entweder auf den Kopf eines Beleidigers oder auf den eigenen zu tilgen).

Doch auf den Bürger vom Schlage unseres Herrn Senators folgte der Kleinbürger, also jener, dessen Mittel nicht dazu ausreichten, ökonomische und politische Macht miteinander zu vereinen, der aber doch notgedrungen im nächsten Kapitel des Klassenkampfes so dringend als Verbündeter und Instrument gebraucht wurde, dass der Herr Senator ihn neben sich dulden musste (oh je, diese Manieren!). Je enger die Märkte wurden (und je mehr die Nachfahren unseres Herrn Senators sie unter sich aufteilten), desto aussichtsloser wurde das Streben der Kleinbürger nach ökonomischer Macht. Genauer gesagt, es gelang immer weniger von ihnen, auch wenn es diesen wenigen auf spektakuläre Weise gelang; diese aber, die »Neureichen«, stießen, was die Transformation der ökonomischen wechselweise in kulturelle und politische Macht anbelangt, auf strenge Gegenwehr; im Zweifelsfall blieben ihnen sogar die entsprechenden Klubs (und dann: Parteien) verschlossen. Im Kleinbürger also brechen ökonomische, kulturelle und politische Macht einigermaßen nachhaltig auseinander. Er muss sich nicht nur für das eine oder das andere Subsystem entscheiden, er muss sich auch gegen die anderen entscheiden. Er muss, zum Beispiel, die politische Macht gegen die öko-

nomische Macht einsetzen, oder er muss die kulturelle Macht gegen die politische Macht einsetzen (er setzt sogar die sexuelle gegen die politische Macht ein, aber das ist eine andere Geschichte). Der eigene Knecht und der eigene Herr? Ja, aber nur solange man sich freiwillig auf eines der Subsysteme beschränkte, die aber längst schon die Tendenz entwickelten – wir befinden uns nun etwa in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts –, einander aufs Tückischste und Undurchschaubarste zu penetrieren. Der Kleinbürger in der demokratischen politischen Machtposition war daher schon von Anbeginn in der Position, sich zwischen Korruption und Fanatismus (Öffnung oder Abschottung des Subsystems) entscheiden zu müssen; er konnte eine statische »Persönlichkeit« wie unser Herr Senator nicht werden, also musste er zur »dynamischen Persönlichkeit« werden. Das nun verschärfte zusätzlich die Unruhe der Systeme in sich und zueinander.

»Vernünftige« Menschen meinten schon damals, dass ein bisschen Korruption jedenfalls einem übermächtigen Fanatismus vorzuziehen sei; sie übersahen dabei, und waren daher doch nicht so vernünftig, die dialektische Einheit von Fanatismus und Korruption in der Herrschaft des Kleinbürgers zu bearbeiten. Bedurfte es in der Tat erst noch des deutschen Nationalsozialismus, um unter Beweis zu stellen, dass sich Korruption und Fanatismus keineswegs ausschließen, sondern nur eine jeweils besondere Beziehung miteinander eingehen? Die Herrschaft des Kleinbürgers krankt daran, dass sie immer nur Subsysteme betreffen und begreifen kann, so dass sich eine nachgerade hysterische Sehnsucht nach einem verlorenen »Großen und Ganzen« entwickelt, für dessen Fehlen man nun genau das verantwortlich macht, was den Griff nach der Herrschaft, begrenzt oder nicht, erst möglich machte, nämlich die Verbindung von Kapitalismus und Demokratie (der Kleinbürger hasst die Demokratie, da sie ihn hervorgebracht hat, als eben nur kleinen Bürger). Nach landläufiger Meinung schaffte der Faschismus die Demokratie ab, um an seine Stelle eine mörderische und selbstmörderische Verbindung von kapitalistischer Ökonomie, terroristischer Herrschaft und militärischem Wahn zu setzen. Doch es war ja nicht der Herr Senator, der zurückkam – auch wenn der sich erstaunlich gut mit den Nazis arrangierte –, sondern es kam zur Extremisierung der Herrschaft dessen, den dieser Senator verabscheute (und zu benutzen meinte): des »wild gewordenen Kleinbürgers«. Dieser wild gewordene Kleinbürger schaffte die Demokratie nicht einfach ab; er übersetzte sie stattdessen in Bürokratie. Die Kleinbürgerherrschaft war nun besessen von dem Gedanken, alles verwalten zu können, sogar das eigene Morden, das eigene Verbrechen. Faschismus war und ist, unter vielem anderen, eine Form, die

Herrschaft des wild gewordenen Kleinbürgers und des Kapitalismus miteinander zu vereinen, als Verwaltungslegitimation des synchronisierten individuellen wie kollektiven Verbrechens (Wir wollen nicht darüber spekulieren, wie sehr es den Protagonisten der Ökonomie bewusst war, dass die Herrschaft des wildgewordenen Kleinbürgers nach allen erdenklichen Verbrechen und Zivilisationsbrüchen nur auf die Selbstvernichtung hinaus laufen konnte; Tatsache ist, dass die Seite des Kapitalismus in diesem Pakt nahezu unbeschadet das Ende der anderen Seite des Paktes überstand. Dass, wer vom Faschismus rede, vom Kapitalismus nicht schweigen dürfe, diesen Anwurf der kritischen Theorie überhörte man geflissentlich, denn es war der neue Pakt, der zwischen dem Kapitalismus und der »neuen« Demokratie, der einzig den Faschismus überwinden und eine Alternative zum Staatssozialismus auf der anderen Seite bilden könnte.).

Nun also musste das Subjekt der »neuen« Demokratie im »neuen« Pakt zwischen Ökonomie und Regierung neu definiert werden. In der Übergangszeit ging es wohl um eine Art Kompromiss. Da war einerseits eine gedämpfte Variante des Herrn Senators, der auf die Transponierung von ökonomischer in politische Macht verzichten konnte, weil er Honorität und Seniorität auf andere Weise erworben hatte (wir stellten uns das als betont zivilen Konrad Adenauer und Professor Dr. Heuss vor, anderswo wurde die Stelle von verdienten Kriegshelden übernommen, Churchill, Eisenhower, de Gaulle, die nun eben militärischen Erfolg in politische Macht zu übersetzen hatten), und da war auf der anderen Seite eine neue Variante des wild gewordenen Kleinbürgers, in einer volkstümlich-derben Fassung, die Franz Josef Strauß verkörperte: Metzgersohn – Unternehmer – Politiker. Die »Dynamik« dieser neuen Politiker-Persönlichkeit zeigte, dass es nun einfach war, die Subsysteme zu durchwandern und im eigenen Interesse zu verknüpfen (und, was das Kulturelle anbelangte: man konnte sogar lateinisch parlieren). In dem populistischen Gewaltpolitiker Strauß hatten Postdemokratie und »Berlusconismus« bereits einen frühen Vorläufer, der am Ende an seiner Regionalität (einem anderen Subsystem) scheitern musste. In jedem Fall hatte da ein Politiker bereits unter Beweis gestellt, dass in der neuen Demokratie die Ordnung der Subsysteme für eine entsprechend dynamische »Persönlichkeit« gar nicht mehr galt. Und es war der Nachweis erbracht, dass der wildgewordene Kleinbürger bei seinem Weg nach oben auch keinen »Führer«, keinen großen anderen, und keine Verblendungsmaschinerie mehr brauchte: Er zeigte, dass jemanden wie ihn ein »Skandal«, offensichtlich gesetzwidriges (vom sittenwidrigen wollen wir gar nicht reden)

Verhalten, Lüge, Korruption und Bedrohung nicht aufhalten kann, wenn er Medien und »Volk« auf seiner Seite hat.

Die Stabilität des neuen Paktes zwischen Kapitalismus und Demokratie in der zweiten Republik in Westdeutschland basierte auf dem Versprechen an den politischen Sektor, nicht länger von den anderen Subsystemen abgeschlossen zu sein, sondern profitierender Teil der nun vernetzten, strukturellen und unaufhörlichen Verwandlung von ökonomischer in politische Macht und zurück zu sein. Die Rollen »Herr Senator« und »wildgewordener Kleinbürger« waren zur beliebigen Maskerade freigegeben (mählich stellte man sich auch auf weibliche Besetzungen ein). Als Kanzler Helmut Schmidt verkündete, niemand könne in Deutschland gegen die *Bild*-Zeitung regieren, besiegelte er gleichsam einen neuen Korruptionsvertrag auf der strukturellen Ebene; nachdem Helmut Kohl den »Bimbos« im Plastiksack davon getragen hatte und niemand je erfuhr, wo er ihn hintrug, und durch reines Aussitzen dieser Vorgang vom Rang einer kriminellen politischen Handlung in den einer unaufklärbaren Gewohnheit rückte, war auch direkte Korruption unter dem Stichwort Parteienfinanzierung gesellschaftlich (mit welchem Ingrimms auch immer) zu akzeptierendes Verhalten.

Politische Regierung ist seitdem ein Changieren zwischen struktureller, kollektiver, institutioneller und persönlicher Korruption und zwar, wie wir bereits bemerkten, nicht *im* System, sondern *als* System. Die Subsysteme der gesellschaftlichen Ordnung korrumpierten einander zu kaum einem anderen Zweck, als die wechselseitigen Kontrollen zu vermeiden (man bezahlt einander zu einem nicht geringen Teil für das Wegsehen und Schweigen). Und der Politiker der Stunde konnte gleichsam nach Belieben aus dem eigenen Subsystem, nämlich aus den Parteien selber, erzeugt werden. Dieser Typus des Politikers, enorm geschult im Umgang mit der Macht und mit den Medien, musste weder, wie der Herr Senator, die Verwandlung von ökonomischer in politische Macht zelebrieren, noch musste er, wie der wild gewordene Kleinbürger, einen Ausschluss von der ökonomischen Macht kompensieren: der in der Partei erzeugte Politiker, sagen wir Gerhard Schröder, durfte im Gegenteil sicher sein, nachdem er die richtige Politik gemacht hatte, einen Platz in den Sphären der ökonomischen Macht zugewiesen zu erhalten<sup>3</sup>. Wer sich als Politiker durch die Parteien erzeugen ließ, Macht, Repräsentation und Korruption zu balancieren wusste, lebte in einem gewissen Stadium ungefährlich und ungefährdet. Aus einem Amalgam von »Herr Senator«, »wildgewordenem Kleinbürger« und medientauglichem »menschlichen Machthaber« wurde indes auch so etwas wie ein grauer Herr, nebst grauer Dame, ein Typus,

nicht unbedingt austauschbar, aber doch spätestens im zweiten Kreis der Macht unscheinbar und glanzlos, eine Erscheinung, die Mühe hat, sich semiotisch zu fühlen, ein Negativ der Persönlichkeit (einer der »aussitzt« oder vorgibt mit »ruhiger Hand« zu regieren, einer der »alternativlos« auf »Sachzwänge« reagiert und der zur Stelle ist, wenn es etwas »Systemrelevantes« zu reparieren gilt, der »seinen Freunden zur Seite steht«, der behauptet, seine Politik sei »sozial ausgewogen« etc.), der sich auf der anderen Seite medial zum Kasper macht, um »rüberzukommen« und »sich zu verkaufen«. Dieser Politiker funktioniert bereits nicht mehr als Repräsentant einer bürgerlichen Gesellschaft (an anderem Ort über diese mehr), sondern als Element eines neuen ökonomisch-politischen Subsystems, nennen wir es ganz einfach »Wirtschaftsregierung«, ökonomische Gouvernance.

Der zweite Pakt zwischen Kapitalismus und Demokratie nach Faschismus und Weltkrieg erzeugte den Politiker ohne Persönlichkeit. Das erwies sich à la longue zugleich als nützlich und als fatal. Die Demokratie nämlich hörte auf, sich zu erzählen. Stattdessen produzierte sie Bilder von höchster Redundanz, nicht nur, weil sich Wahlwerbung kaum noch von Kaffeesahnewerbung unterscheidet, sondern auch weil sie die Parteien als Politikerzeugungsmaschinen in die Krise bringen. In offensichtlicher Analogie zur Warenproduktion könnte man wohl sagen, es fehlten die neuen Modelle. Zwar konnten Politiker, die eher traditionell und eben »fast ein bisschen langweilig« wirkten, zumindest hierzulande die nächste Transformation des Kapitalismus und die tendenzielle Abschaffung von Sozialstaat, rechtlicher Zählung des Marktes und »Solidargemeinschaften« am besten begleiten (hätten wir einem »Spaßpolitiker« die Hartz IV-Gesetze abgenommen?), doch was sie nicht aufhalten konnten, war die zunehmende »Politikverdrossenheit«, die »Wahlmüdigkeit«, die »Entpolitisierung« der Bevölkerung bis zu einem Grad, an dem auch eine sich zur Postdemokratie transformierende Demokratie unter Legitimationsdruck gerät. Denn »Die Leute interessieren sich nicht mehr für Politik« (weil es doch im Fernsehen so geile Dschungelschaus gibt) ist nur die halbe Wahrheit, die andere Hälfte ist: »Warum sollte ich wählen, wenn doch alle zur Wahl Stehenden aus denselben Quellen bezahlt werden, um dieselbe Politik gegen meine Interessen zu machen?« Die Interessen der politischen Klasse, die die Transformation von ökonomischer in politische Macht und umgekehrt internalisiert hat, können nicht die Interessen eines Volkes sein, das nichts so dringend bedürfte als eines politischen (und kulturellen) Schutzes gegen die Profit-Interessen der Wirtschaft. Selbst für viele »Restwähler« geht es bei der Wahl daher weniger um »Repräsentanz« ihrer Interessen als, in dieser



Reihenfolge, um eine Art moralisch-ästhetisches Geschmacksurteil (Teilhabe an einer politischen Castingshow) oder um eine vage Geste, eine »demokratische Pflicht« zu erfüllen, zur Erhaltung eines Systems, das immer noch besser ist als alles andere.

Das bürgerliche Ideal, die autonome Person, »eigener Herr und eigener Knecht«, kann nun paradoxerweise nur noch in bewusstem Außerhalb des politischen Systems der »bürgerlichen Demokratie« erfüllt werden. Um Bürger zu werden oder zu bleiben – und hier gelangen wir wieder hinter unsere dialektische Spaltung von Citoyen und Bourgeois zurück – im Sinne der ursprünglichen Pakte zwischen ökonomischer und politischer Macht und der Balance zwischen kulturellem und materiellem Interesse, vor allem aber in Hinblick auf eine Aussicht auf nicht-korrumpierte und würdevolle Repräsentanz, muss sich der Bürger seiner Regierung, mag sie formal demokratisch sein, bis zu einem gewissen Grad verweigern. Das bedeutet keineswegs die Reaktivierung des »Politik ist ein schmutziges Geschäft«, es bedeutet, dass der kapitalistisch-demokratische Staat drauf und dran ist, sein »eigentliches« Subjekt zu verlieren – den Bürger, der als »ehrbarer Kaufmann« (und seine Begleitung) ökonomischen Erfolg auf mehr oder weniger ehrbare Weise in politische Macht umzusetzen und dabei von Seinesgleichen repräsentiert zu werden erhofft, den um sein Emanzipation durch »Leistung« ringenden Kleinbürger – und damit seine Legitimation.

Die Reaktion des politischen Systems besteht darin, von sich aus diesen Pakt zwischen Demokratie und Bürgertum aufzukündigen und einen allerneuesten Typus des Politikers à la Gutenberg zu kreieren, der nicht mehr von den Geld- und Machtmaschinen der Parteien allein, sondern vor allem von den Medien direkt erzeugt wird, und dessen Adressaten genau jene sind, die vom vorherigen Pakt verloren wurden, darunter auch jene, die öffentlichen Raum und Geschichte außerhalb des Discounters und des Fernsehapparates nicht mehr kennen können. Dieser allerneueste Politiker-Typus, der auch das System und die Klasse entsprechend verändert, ist zweifellos eine neue Variante des »wild gewordenen Kleinbürgers«, der es versteht, Elemente des »faszinierenden« Mafioso-Machtmenschen, des medialen Showstars, der religiösen »Lichtgestalt«, des faschistischen Führers, des »Stammtischbruders«, des »Selfmademan« usw. zu einer Art Darstellung des rundum gelungenen Meta-Politikers zu vereinen, der den Widerspruch von ökonomischer und politischer Macht in sich gelöst hat und der beide, skrupellos, »sexy« und »heilig« exzessiv freisetzt: Schamlos in der Bereicherung und schamlos in der Machtausübung. Die Schamlosigkeit selbst ist das

Programm. Und der Adressat dieser Botschaft der Postdemokratie ist, wie sollte es anders sein, nicht der Bürger (der eine Haltung einnehmen will, an einer Position, die er zu erreichen trachtete), sondern der Post-Bürger (der in seinen sozialen Bewegungen, kometenhafter Aufstieg oder freier Fall ins Prekariat als extreme Mythen-Bilder, weder materiell gehemmt noch moralisch beschämt werden will). Der neueste Politiker spricht den Bürger bzw. Postbürger nicht in seiner Position als »Mitte der Gesellschaft« und »Stabilisator« an (wie denn auch?), sondern in seinen Extremen als »Gewinner« und als »Verlierer«. Das Messianische des neuen Politikers liegt darin, dass er nicht die Transformation von ökonomischer in politische Macht vornimmt, nicht nur als realpolitische Kraft, sondern auch als mythische Narration, sondern die von Verlierer- in Gewinner-Empfindungen (und nebenbei: Die Akzeptanz des Gewinner/Verlierer-Schemas als »Moraltheologie« des neuen Kapitalismus). Berlusconi- oder Guttenberg-Anhänger haben das Gefühl, auf die Seite der Gewinner gewechselt zu sein, so elend ihre Realität auch sein mag, und was ihnen davon bleibt, ist die Aufforderung, bei der möglichen Verwirklichung dieses Wechsels im Kleinen ähnlich skrupellos (und, paradox genug, ähnlich »religiös«) vorzugehen wie die bewunderten »Großen«.

Das ist nicht nur ein Ende der »repräsentativen« und ein Beginn der »verkörperten« Demokratie, sondern auch eine von allen »bürgerlichen« Bedenken gereinigte Wiederkehr der Vorstellung, mit der unsere bürgerliche Demokratie als »kontrollierte« und mehr oder weniger moralische Transformationsbewegung zwischen ökonomischem Erfolg und politischer Macht recht eigentlich begann: als Traum von einer Gemeinschaft der Selbstständigen (in der Berlusconi-Ideologie soviel wie eine Gesellschaft von Menschen, die sich einen Staat erhoffen, der sich möglichst wenig in ihre Geschäfte mischt. Ein Staat, der dann aber auch sein räuberisches Wesen nicht mehr verbergen muss: Was die Räuberei anbelangt, lassen wir uns gern auf einen Wettstreit mit ihm ein. In den letzten Zügen seiner Herrschaft zeigte Berlusconi öffentlich Verständnis für alle Italiener, die ihre Steuern hinterziehen und dabei nicht zimperlich bei der Wahl ihrer Mittel sind. Die letzte Etappe des postdemokratischen Medienpopulismus ist der Gangster, der einer Gesellschaft von Gangstern vorsteht.). Die Gemeinschaft der Selbstständigen freilich wird nun nicht mehr vom Staat, sondern von der Ökonomie erzeugt (ein ökonomischer Versager hat demnach in dieser Theologie des Neoliberalismus auch keine Rechte zu verlangen).

Bürgerliche Gesellschaft (Demokratie/Kapitalismus) 2.0? Die neue Gemeinschaft der Selbstständigen? Man spielt, haben wir gesehen, auch da nicht mit

ungezinkten Karten. Doch einige Elemente waren *von vorneherein* gegen die Freiheit einer Gemeinschaft der Selbständigen gerichtet, ein wesentliches davon ist die Familie sowohl als Verlängerung des selbständigen Individuums in der Zeit (Erbchaft) als auch im (sozialen) Raum (Beziehung). In der Familie akkumulieren sich Reichtümer zu neuen Privilegien; in der Familie vernetzt sich Macht zu mehr als dem Ausdruck persönlicher Leistung; die »grandes familles« transponieren, mit den Mitteln des Kapitalismus, ökonomischen Erfolg in noch mehr ökonomischen Erfolg und politische Macht in noch mehr politische Macht, und sie können dabei immer ein paar Vollidioten, Kriminelle, Aussteiger und Wahnsinnige verkraften (weil man deren Un-Taten leicht so vergesellschaftet wie man sich den Profit der »Tüchtigen« – gewöhnlich Korrupten – aneignet). Handelt es sich um »natürliche« Familien, so ist aus der bürgerlichen Kultur dagegen fast nichts zu sagen, denn die Familie ist ohnehin »heilig« (und wir wissen aus der Geschichte, dass diese Heiligung der Familie ein verdammt cleverer Schachzug im Klassenkampf war, gegen oben wie gegen unten). Handelt es sich hingegen um »kulturelle« Familien (Seil- und Freundschaften, Beziehungen der Freunde der Freunde, Cliquenwirtschaft usw.) bleiben Vorbehalte (die in mannigfachen Erzählungen der populären Kultur aufgehoben sind: Daily Soaps erklären Tag für Tag die Grenze zwischen der notwendigen und der unerlaubten Korruption im Dienste von familiären »Gemeinschaften« – und unnützlich zu sagen, dass diese Grenze unentwegt auch verschoben wird). Die Familie ist also ein nur scheinbar archaisches Element der Kontradiktion zur »Gemeinschaft der Selbständigen«; Familie benachteiligt (mit allem Segen des postdemokratischen Staates und seiner Verbündeten) die »Verlierer« und vermittelt den »Gewinnern« unschätzbare Vorteile (nun gut, ab und zu gibt es einen Skandal, einen »verlorenen Sohn« oder einen kleinen Mord, wenigstens in der Fiktion eines TV-Krimis). Erst durch die Familie wird der ökonomische Erfolg so nachhaltig, dass auch die Transformation in politische Macht eben das wird, was überwunden schien durch die bürgerliche »Revolution«, nämlich »dynastisch«. Es ist diese heilige Instanz der Familie, die den Verlierer in Postdemokratie und Neoliberalismus im Verlierertum festhält (wenn sie ihn nicht über den Rand des Ertragbaren belastet), und die den Gewinner zugleich bevorzugt und ihn mit einem Zeit-Sinn versorgt. »Verbrauchen« und »Erwerben« werden auf diese Weise radikalisiert.

Je mehr man also die »Gemeinschaft der Selbständigen« transponiert in eine Herrschaft der ökonomischen Eliten (eine doppelte Herrschaft: die Herr-

schaft der Ökonomie über alle anderen Lebensbereichen und die Herrschaft weniger miteinander vernetzter »Leader« über die immer weiter entmachteten arbeitenden Selbständigen), desto mehr müssen die Restriktionen im Besitz- und Erbschaftsrecht zurückgefahren werden. Statt über die Gemeinschaft der Selbständigen, also die prinzipielle Gleichheit, wacht der postdemokratische Staat über die Akkumulatoren der ökonomischen Gewinne (war es nicht eine der ersten Amtshandlungen der neoliberalen Politiker, das Erbrecht in diesem Sinne zu, nun ja, vereinfachen?). Dass dies eine durchaus »körperliche« Politik ist, zeigt sich unter anderem daran, dass die Lebenserwartung der Gesellschaft im statistischen Mittel immer noch steigt, während die Lebenserwartung der wachsenden Schicht der »Geringverdienenden« sinkt.

Die Subsysteme einerseits, die Nebensysteme der Akkumulation andererseits (die Familie als offizielle und »heilige« Instanz im Klassenkampf von oben) und schließlich die Ersetzung der öffentlichen Debatte und der unabhängigen Presse durch einen medialen »Schutzschild« (vor der Realität der Verteilung von Macht und Reichtum ebenso wie vor den Risiken und Nebenwirkungen für die Objekte dieser neuesten Verknüpfung von Kapitalismus und Regierung) lassen nicht nur den postdemokratischen Politiker als »doppelten Körper« erscheinen (davon später), sondern erzeugen eine doppelte Wirklichkeit, nämlich die der obszönen und skrupellosen »Schweinewelt«, in der wir handeln, nicht unter einer Regierung, sondern mit ihr, und die unserer »Werte« (Verteidigung der Demokratie, Leitkultur, christliches Abendland, »Freiheit«, irgendwie). Die Ur-Schizophrenie von Bourgeois und Citoyen setzt sich also fort in einer Schizophrenie zwischen wirklichem Wissen und Maskerade der Interessen. Der deutsche Post-Bourgeois löst beispielsweise sein Wissen darum, dass er seinen relativen Reichtum zu einem großen Teil der »erfolgreichen« Rüstungswirtschaft und ihrem Export (mithin dem Export des Krieges) verdankt, in unzähligen Mythen der Unterhaltung auf: Eine Mediengesellschaft »verdrängt« nicht ihre Verbrechen, sie unterzieht sie einem ikonographischen Fleischwolf-Verfahren.

So sind die Guttenbergs und Berlusconi keineswegs die »Totengräber der Demokratie«, sie sind vielmehr das neueste Kapitel in der »never ending story« der ungelösten und unlösbaren Widersprüche zwischen Kapitalismus und Demokratie. Sie sind freilich wie alle bislang auf den Markt gebrachten »Rettungen« dazu bestimmt, dem einstigen Subjekt der großen Projekte, dem Bürger, alle Hoffnungen auszutreiben, einschließlich der Hoffnung, sich morgens noch freimütig im Spiegel sehen zu können. Aber was soll sein, wenn Schamlosigkeit zu

einem Teil der eigenen Kultur geworden ist, und man sich keines Verbrechens schuldig fühlen kann außer dem, zu den »Verlierern« zu gehören?

Denn »die Wirtschaft« hat bereits gegenüber dem noch so gut meinenden, demokratischen Bürger ein Bedrohungspotenzial entfaltet, das ihn des Lebenswillens und des Selbstbewusstseins gründlich zu berauben imstande ist: »Die Wirtschaft«, das ist »das große Andere«, in dessen Namen alles getan werden muss und alles getan werden kann, nicht unähnlich einem »Führer«, dessen Wille und Prinzip nur fundamentales Gesetz sein kann. »Die Wirtschaft« aber ist auch der Drache, der unentwegt besänftigt werden muss. Dies unter anderem ist der Grund dafür, dass sich der Übergang von der Demokratie über die Postdemokratie zu einer kapitalistischen Diktatur nicht etwa heimlich vollzieht, sondern ganz öffentlich-programmatisch. Der postdemokratische Politiker beschwichtigt zugleich »die Wirtschaft« und »das Volk«, wenn es seinen Gehorsam betont, wie es, in unnachahmlicher Weise, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2011 bei einer Pressekonferenz zur Eurokrise tat, als sie auf die Frage, ob der Europäische Stabilitätsmechanismus EFSF durch vorherige Beratungen im Bundestag nicht etwa abgeschwächt werden könne. In ihrer Replik versicherte Frau Merkel, man werde »Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben«. Genauer kann man nicht ausdrücken, wie sich die postdemokratische Regierung zu ihrem ökonomischen Gebieter verhält, und dass diese Regierung sich zu einer besonderen Form der Transition der Demokratie in die Postdemokratie bekennt: zur »marktkonformen Demokratie« (mag sein der »demokratische Fürst« habe schon immer etwa ein Parlament als ein Instrument gesehen, das er, die richtigen Taktiken vorausgesetzt, nach Belieben einsetzen konnte, doch die »nervöse Herrschaft« der Postdemokratie – von ihr wird noch die Rede sein – scheint unter dem Druck zu stehen, ihre Unterwerfungs- und Opferbereitschaft unter den ökonomischen »großen anderen«, »die Wirtschaft«, »den Markt«, auch öffentlich zu bekunden. Postdemokratische Regierung und medial gelenkte Öffentlichkeit sind in diesem Prozess, in dem gleichsam liberal und öffentlich das demokratische System sich austrickst, nicht nur linguistisch Komplizen).

Demokratie als eine (utopische) Gemeinschaft der Freien, Gleichen und Geschwisterlichen ist daher im Kapitalismus und in seinem Staat nicht möglich und wird es von einer der Zerfalls- und Restaurationsstufen zur anderen immer weniger, genauer gesagt: nicht einmal mehr denkbar. Jeder Gedanke an Demo-

kratie beginnt daher mit der Erkenntnis, dass der Kapitalismus nicht die endgültige Form des gemeinsamen Arbeitens und Lebens sein kann und dass der Staat nicht die endgültige Form von Organisation und Struktur unserer Beziehungen sein kann. Mit anderen Worten bedeutet Demokratie-Denken zugleich einen Schritt in zwei »verbotene« Zonen des Denkens, den Sozialismus und den Anarchismus (und zwar stets beide zugleich! Es gibt so wenig einen sozialistischen Staat, wie es einen kapitalistischen Anarchismus gibt, auch und gerade weil wir die entsprechenden historischen Erfahrungen haben). Und da entsteht etwas sehr Seltsames: Kein Herrschaftssystem der Welt versteht es so meisterhaft, sich gegen Kritik zu immunisieren wie die Verbindung von Postdemokratie und Kapitalismus. Sie kann, durchaus nicht ohne Recht, darauf verweisen, dass sie noch stets Formalien der parlamentarischen Demokratie erfüllt und dass sie weitgehend (die Ausnahmen tun uns echt leid, aber schaut doch mal nach »drüben«) ohne kollektiven Terror und individuelle körperliche Gewalt auskommt. Sie sieht sich in der Lage, diese Gewalt zum einen zu exportieren und zum anderen zu internalisieren, schließlich ist die manifeste Gewalt auch nur ein Mittel zum eigentlichen Zweck: Zur Erzeugung von Angst, welche die Menschen regierbar macht. So dreht sich womöglich auch diese Funktion der Verbindung Kapitalismus/Regierung um: Mächten einst die Regierungen den Menschen so viel Angst, dass sie dem Fabrikherrn gehorchten, so machen nun die Fabrikherren den Menschen so viel Angst, dass sie den Regierungen (und ihren *Bild*-Zeitungen) oder den *Bild*-Zeitungen (und ihren Regierungen) gehorchen. Postdemokratie ist die politische Verwaltung der ökonomisch (und medial) erzeugten Angst.

## Die Arroganz der Macht

»Es ist leichter, ein autoritäres Regime zu Fall zu bringen, als ein liberales System vor seiner eigenen Zerrüttung zu bewahren«, meint Botho Strauß. »Das eine ist künstlich, starr wie ein Kristall und kann gebrochen werden. Das andere ist organisch und kann nur absterben.« Ach, wenn es doch so einfach wäre! In jedem Fall ist es ein Seitenstück zu unserer Sehnsucht nach »klaren Verhältnissen«. Der verführerische Gedanke, ganz genau zu wissen, wen zu hassen kein Verbrechen sein kann, mit welchen Opfern man sich solidarisieren soll, welche Ideen »fortschrittlich« sind und welche »reaktionär«, welche Allianzen eingegangen werden dürfen und welche auf keinen Fall! So wie sich der postdemokratische Staat seine Kritiker und Dissidenten gern zu »Staatsfeinden«, »Demokratie-

gegner« oder wenigstens »Fortschrittsverhinderern« macht, so sehr sind diese Kritiker und Dissidenten versucht, sich den postdemokratischen Staat schon als besonders perfide Form der Tyrannei zu denken, ihm die Starrheit eines autoritären Regimes zugleich vorzuhalten und das »Organische« als bloße Oberfläche, als gleichsam liberal begrüntes Herrschaftsgebäude. Den Rest erledigen Verschwörungsfantasien. Doch so einfach, wie gesagt, ist es nicht (nicht einmal, wenn die wildesten Verschwörungsfantasien im Einzelfall von der Realität politischer Korruption übertroffen werden).

Wir müssen uns nicht nur Liberalität als Methodik denken, Herrschaft abzuschwächen, und zwar stets in zweierlei Hinsicht, nämlich zum einen in Hinsicht auf Handel und Wandel des ökonomischen Systems, und zum anderen in Hinsicht auf die individuelle, kulturelle und politische Entfaltung des Einzelnen. Die Verbindung von Wirtschaftsliberalismus und politisch-kulturellem Liberalismus macht erst die Dynamik des demokratischen Kapitalismus als *offspring* der bürgerlichen Gesellschaft aus. Sie akzeptiert Differenzierung als Ereignis, wenn nicht als Gesetz. Sie akzeptiert Gleichheit als Ereignis, keineswegs als Gesetz. Die politische Freiheit müsste im Idealfall auch den »Exzess« des Kapitalismus verhindern, und wäre »Chancengleichheit« wenigstens als Projekt gesichert, so wäre nicht allzu viel dagegen zu sagen, dass es eine Reihe von Beziehungen zwischen der Freiheit und dem »Besitz« gibt. Der traditionelle Liberale »erlaubt« also in der gleichen Geste dem Schwulen sein Schwulsein und dem Kapitalisten sein Profitmachen – lächerlich und böse werden jene Spaltprodukte des Liberalismus, die den ökonomischen Liberalismus bewahren, den kulturellen aber der jeweiligen Zeitstimmung opfern.

Möglicherweise gibt es noch einen tieferen, »eingebauten« Mechanismus der Selbstkontrolle des Kapitalismus, solange wir uns diesen als Herrschaft einer Klasse vorstellen. Das Bürgertum nämlich tendiert, wie es bereits Marx und Engels diagnostiziert haben, in Zeiten der krisenhaften Verschärfung des Systems dazu sich aufzulösen (wir kennen, im Gegensatz zu Marx und Engels, die furchtbarsten Reaktionen auf diese Auflösung, nämlich den Faschismus). Die Auflösung führte, so die Hoffnung von Marx und Engels, zu einer Solidarisierung eines abgespaltenen Teils des Bürgertums mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten (man mag das nun mit weiteren Parametern verbinden, zu einer Solidarisierung mit unterdrückten »Völkern« oder, noch weiter, mit der unterdrückten und gefährdeten »Natur«. Schwer zu sagen, wo die Ausweitung der Solidaritätszone in die Auflösung zur Unverbindlichkeit übergeht). So schien es nicht allzu wider-

sprüchlich, dass hier und dort eine Revolution von Abtrünnigen des Bürgertums (zum Beispiel der »Intellektuellen«) geführt oder begründet wurde. Im Verlauf der Geschichte jedoch erwies es sich immer wieder, wenn auch auf unterschiedlichste Weise, dass dieser Widerspruch so einfach denn doch nicht zu lösen war. Nicht nur weil ein abtrünniger Bürger immer noch ein Bürger ist, sondern auch weil er der »Führung« und Begründung der Revolution, der Revolte, schließlich auch nur der Kritik und der Reform-Forderung, als Idee betreibt, die sich in Verwandtschaft und Beziehung, nicht aber Identität und (sei's dialektische) Einheit mit Interesse und Bedürfnis entwickelt. So wie in der Geschichte (und mehr noch in den Geschichten) der bürgerliche Revolutionär Menschen, Klassen, Nationen, Kulturen etc. »befreien« will, die sich gar nicht befreien lassen wollen, und schon gar nicht in der von ihm vorgesehenen Weise, so gibt es die Geschichten vom Umschlagen der Dissidenz in »Pädagogik« und vom Umschlagen dieser oppositionellen Pädagogik in (zumindest moralischen) Terror.

Vielleicht deshalb wird der »bürgerliche Aufstand«, den wir nun allenthalben beobachten dürfen, eine Form des zivilen Ungehorsams, die sich nicht die Interessen und Bedürfnisse einer anderen unterdrückten Klasse zum Referenzbild nehmen muss, als authentisch und begründet begrüßt: Hier empören sich Bürger in Interessen und Bedürfnissen ihrer eigenen Klasse, wenngleich sich diese, siehe oben, im Stadium von Zerfall und Auflösung befindet. Jetzt endlich nämlich stehen für den mehr oder weniger dissidenten Bürger nicht nur allgemeine Werte zu Disposition, sondern buchstäblich die eigene Existenz: Wenn sich das liberale, demokratische und humanistische Bürgertum jetzt nicht wehrt, wird es verschwinden – so einfach ist das.

Doch zur gleichen Zeit werden diese »bürgerlichen Revolten« auch heftig kritisiert, da sie in Wahrheit den Interessen einer immer noch privilegierten Minderheit entsprechen und sich um die Interessen der wahrhaft Verdammten dieses »durchgedrehten« Kapitalismus nicht (oder nur in der gewohnten moralisch-abstrakten Form) kümmern, der Arbeitslosen, der *working poor*, der rechtlosen Migranten, der zukunftslosen Ghattobewohner und so weiter. Verbirgt sich also im Aufstand der Bürger ein asozialer Impuls? Die Authentizität der bürgerlichen Revolte (bislang ein Widerspruch in sich) wird sich indes verbinden lassen mit den vorherigen Formen: Weil der Citoyen nun so sehr im eigenen Namen sprechen kann, kann er leichter als zuvor auch »den anderen« ansprechen, weit entfernt von den Abstraktionen und Mythen (»die Massen«, »das Volk«, »die fortschrittlichen Kräfte« etc.). Es ist nicht nur derselbe Polizeiknüppel, von dem man



getroffen wird, es ist auch dieselbe »Rationalisierung«, dieselbe »Freisetzung« und Prekarisierung. Im Neoliberalismus und in der Postdemokratie haben die Bürger in der Tat ihre Privilegien verloren und können kaum anders, als ihren Überschuss an Kultur, Wissen und Sprache einem »größeren Zusammenhang« zur Verfügung stellen. Wenn man im Berlusconiismus, in der Herrschaft der Medienimperien und populistischen Politik, auch eine Allianz von Unterschicht-Kultur (oder ihrem medialen Pendant) und oligarchischer Macht beobachten kann, dann können wir ebenfalls die Verbürgerlichung des Widerstands beobachten. Für die Oligarchie ist die »wissende« und kulturell dynamische Rebellion der Bürger wesentlich gefährlicher als die »wilde« Gewalt des Ghetto-Aufstandes, weil sie, aus Geschichte und aus Information heraus, jene Schwachstellen des Systems erkennen und bezeichnen kann, von der Gene Sharp spricht, und die wir in den konkreten Auseinandersetzungen, den Polizeieinsätzen und Medienkampagnen gegen diese »bürgerlichen Revolten« als Wirkkräfte erkennen.

Der Krieg um die Dominanz der Diskurse muss in dieser Transformationsphase tatsächlich »mit allen Mitteln« geführt werden. Die sozialen Auseinandersetzungen werden indes in verschiedenen Sprachen geführt, und die mediale Kontaminierung der »neuen Unterschicht« ist zugleich ökonomisches, kulturelles und (bio-)politisches Projekt der neuen Herrschaftsform. Allem Anschein nach fühlen sich die »Betroffenen« von »ihren« Medien, etwa der *Bild*-Zeitung oder dem Fernsehen, besser vertreten als von den bürgerlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams. Denn nur der »mittlere Bürger« hat den »Klassenkampf« abgeschafft, und dies ohne zu bemerken, dass es die anderen nicht taten.

Revolutionen, hieß es einst bei den Marxisten, sind die Lokomotiven der Geschichte. Oh nein, antwortete Walter Benjamin, Revolutionen sind die Notbremsen. Da geht es darum, nicht in den Abgrund zu rasen, und wehe dem Volk, das den richtigen Zeitpunkt verpasst, diese Notbremse zu ziehen.

Hat man's in kleinerer Münze als Revolte, als Einspruch, als Demonstration, als zivilen Widerstand, als öffentliche Kritik, dann sind die beiden Grundpositionen auch nicht viel anders: Geht es darum, die Demokratie demokratischer zu machen und den Kapitalismus menschlicher? Oder geht es darum, zur Notbremse zu greifen, da unser Staat – aber die Staaten in der Nachbarschaft scheinen da ganz ähnlich (nicht mehr) zu funktionieren – dazu übergegangen ist, seine Bürger zu enteignen und zu entmündigen?

Was in den Jahren nach 2010 geschah, in Frankreich, in Deutschland, in England – auch in Griechenland und in Italien gibt es neue Allianzen des Wider-

stands –, ist in den Formen sehr unterschiedlich und in den Ursachen sehr ähnlich. Es ist offensichtlich ein Aufstand der Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte gegen eine politische Klasse, die das Volk mit einer Fernsehkamera verwechselt. Das entspricht viel eher der Benjaminschen Notbremse als dem optimistischen Lokomotiven-Bild.

Mit »Klassenkampf« hat das durchaus auf Umwegen zu tun (aber eben die Aufklärung dieser Umwege wird eine unserer Aufgaben sein), weniger indes mit ausgeformter Ideologie. Utopie, Dogma, Geschichtsbild, Parteilichkeit, Begriffe und Theorien – all das hat seinen Führungsanspruch verloren. Für die Demonstranten in Stuttgart, in Gorleben und demnächst in Ihrer Stadt, geht es um keine historische Transzendenz. Vielmehr geht es um zwei Dinge gleichzeitig: Um »die Sache«, also um einen konkreten Raum, seine Veränderung und Enteignung. Und es geht darum, die politische Entmündigung nicht auf sich beruhen zu lassen. Offensichtlich ist die Entmündigung – siehe Stuttgart – derzeit der Aspekt, der am meisten Energie und »Masse« erzeugt. Aber jeweils zeigt sich eine gar nicht so kleine persönliche Tapferkeit. Man kann das auch als eine der verschütteten und vergessenen bürgerlichen Tugenden verstehen.

Vielleicht ist es gerade diese Tapferkeit, die die Politiker augenblicklich so tief kränkt. Daher greifen sie zu den ältesten und dümmsten, aber leider immer noch nicht ungefährlichen Mitteln: Sie versuchen, aus den Verteidigern Angreifer zu machen. Sie behaupten, der Griff nach der Notbremse sei das Unerhörte, nicht die Gefahr, vor der es zu bremsen gelte. Manche von ihnen würden am liebsten die Notbremsen abschaffen, wie unser Innenminister de Maizière mit einem sehr, sehr eigenwilligen Demokratieverständnis.

Nach wie vor spielt die Gewalt bei der Einschüchterung der Bürger und Bürgerinnen eine Schlüsselrolle. Provoziere Gewalt – und du kannst die Bewegung spalten und gibst deinen Lieblingsmedien das Futter für die Diskriminierungsarbeit. Es ist nur allzu deutlich, dass der Polizei-Einsatz in Stuttgart in diese Richtung zielte. Es hat hier nicht mehr geklappt, und in Gorleben schon gar nicht. Stattdessen wird die Gewalt des Staates gegen seine Bürger sichtbar, die immer wieder über das Maß hinausgeht, was eine humanistische Demokratie verträgt.

Die Medialisierung der Beziehung zwischen Regierung und »Volk« dreht die wechselseitige Abhängigkeit gelegentlich auf den Kopf, da das Medium stets in beiden Richtungen arbeitet: Die Regierung wird durch das Volk »kontrolliert« (Bravo! So soll es sein in der Demokratie), aber auch das Volk wird durch die Regierung mehr als kontrolliert, in gewisser Weise nämlich auch erzeugt: Wenn

der Regierung das Volk nicht passt, hat Bert Brecht mal gespottet, dann solle sie es doch auflösen und sich ein neues wählen. Es sieht so aus, als würde genau dies in bestimmten Phasen wie in der Merkel/Westerwelle-Regierung in Deutschland geschehen. Diese Regierung wählt sich nicht gerade ein neues Volk, es ist ja auch gerade kein passendes frei, aber sie erfindet sich ein genehmes Volk, indem sie nach ihrem Belieben definiert, wer dazu gehört und wer nicht. Kein Kunststück, man kann ja auch definieren, was man unter arbeitslos, unter systemrelevant und unter Demokratie versteht, wo die Grenzen zwischen deutscher Intelligenz und Kopftuchmädchen liegen usw. Dress-, Sprach- und Bildercodes funktionieren nach einem Ein- und Ausschlussverfahren, eines der Instrumente dafür ist die Konstruktion einer »deutschen Leitkultur« (ein Begriff, der gewiss obszön genug ist, rassistische, nationalistische, faschistische Sumpfb Blüten zu erreichen), deren großer Vorteil es ist, niemals wirklich »Text« zu werden.

Wenn es um die Interessen des Kapitals geht, dann haben sich auch demokratische Regierungen bei der Anwendung von Gewalt gegen das eigene Volk noch nie besonders zimperlich gezeigt. Oft genug mit klammheimlicher Zustimmung einer schweigenden Mehrheit, wenn es um unerwünschte »Ausländer«, um »Abschaum«, um »ungewaschene Randalierer«, um »Schmarotzer« und andere geht, die einfach raus und weg gehören. Wozu haben wir eine Presse, der wir noch gern glauben, »wenn sie uns frecherweise ins Gesicht lügt«? Das hat übrigens, und natürlich vergebens, der Augsburgener Sozialdemokrat Tauscher 1871 seinen Kollegen vermittelt, weil sie die streikenden Arbeiter der Tuchfabriken im Stich ließen, nachdem in der Zeitung stand, dass deren »Anführer den Streik provozieren, um mit allen Mitteln sich mit Verbrechern aller Art und irregeleiteten Arbeitern einen Anhang zu verschaffen«. Nichts hat sich an dieser Rhetorik geändert, und nichts an dem Umstand, dass eine bürgerliche Mitte auch immer wieder nur allzu gern darauf hereinfällt, allerdings sind mittlerweile eben genau diese Bürger der Mitte Gegenstand der Denunziationen, als »Wutbürger«, als »Rentnerrevoluzzer«, im »Aufstand der Besserverdienenden« und der »politisch ach so Korrekten«. Wenn es gerade keine Sozialschmarotzer oder faulen Griechen zu denunzieren gibt, dann denunzieren die Medien des Neoliberalismus, mit denselben Mitteln, aber mit anderen Adressaten, die Protagonisten der Revolte. Die Front, die nicht nur die *Bild* aufmacht, nämlich die von (mehr oder weniger virtuellen) arbeitenden, sparenden, gehorchenden Kleinstbürgern und Arbeitern gegen die frivolen, chaotischen, privilegierten Wutbürger, ähnelt der, die die deutschen Medien einst zu den protestierenden Studenten

und Kriegsgegner aufmachte. Die Rhetorik dabei ist, scheinbar paradox: offensichtlich anti-bürgerlich.

Drei Dinge unterscheiden sich bei den Geschehnissen in Stuttgart von vorherigen und parallelen Schulterschlüssen zwischen Kapital und Regierung gegen aufmuckende Teile des Volkes. Erstens: Wer da Wasserwerfer, Knüppel und Pfefferspray der regelrecht »losgelassenen« Polizei zu spüren bekommt, das sind nicht mehr langhaarige Revoluzzer-Studenten, punkige Krawalltouristen oder wenigstens Ökospinner und Friedenssetzer, das sind gute Bürger, Rentner, Angestellte, Schüler, manche mitsamt ihren Lehrern (das werden peinliche Staatsbürgerkunde-Unterrichtsstunden, nicht wahr?), das sind genau die Vertreter der Mitte, auf die sich eine Regierung wie die Merkel/Westerwellesche nur berufen kann. Konnte man früher von einer »guten bürgerlichen Mitte« sprechen, in deren Namen man Staatsgewalt gegen »außer Rand und Band geratene« zornige Minderheiten einsetzte, so sehen wir in Stuttgart die Gewalt eines außer Rand und Band geratenen wirtschaftshörigen Staates gegen seine »gute bürgerliche Mitte«. Eine Regierung wie die von Merkel und Westerwelle braucht Banken und sie braucht Medien. Ein Volk braucht sie scheinbar nicht mehr. Anders gesagt: Die neoliberale Regierung benutzt nur das als Volk, was ihre Medien als solches produzieren (wir wissen nicht, wie viele der Politiker auf diese Fiktion selber hereinfallen und vielleicht deswegen oft so überrascht reagieren, wenn sie stattdessen einmal aus Versehen »echten Menschen« begegnen).

Das zweite, was sich ändert, ist die Präsenz der unendlich vernetzten Bildermaschinen. Früher war es für eine von der Allianz aus Staat und Kapital angegriffene Minderheit extrem schwierig, eine Form der »Gegenöffentlichkeit« herzustellen. Der Augsburger Sozialdemokrat Tauscher, um unser Beispiel wieder aufzugreifen, gründete damals eine Zeitung mit dem Namen »Der Proletarier«, und die kam den Zensoren gerade recht: Der Versuch, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, definierte der mächtigen Gegenseite gerade erst das Feindbild. Eine diskursive Gegenöffentlichkeit herzustellen, ist in der Herrschaft der medialen Blödmaschinen wohl eher noch schwieriger geworden. Aber die Bilder lassen sich nicht unterdrücken. Sie entlarven nicht nur die Lügen der Polizeiführung und der Politiker in Echtzeit. Sie verbreiten nicht nur die Details der Schande dieses Bürgerkriegs von oben. Das Bild fallender Bäume im Park brennt sich auch ein als ein Dokument der Barbarei. Weder der konkrete Mensch noch die erhabene Natur ist sicher, wo die Immobiliengier des flüchtenden Kapitals herrscht. Übrigens ist es natürlich reiner Zufall, dass wir gerade jetzt erfahren, dass sich in

keiner anderen Stadt Deutschlands die Mafia so festsetzen und sich ausbreiten kann wie in Stuttgart.

Und ein drittes ist unterschieden: Die Finanzkrise und die Art ihrer Bewältigung haben das Vertrauen zwischen dem liberalen Bürgertum und der Regierung à la Merkel/Westerwelle schon nachhaltig gestört. Der taktische Sinn des Polizeieinsatzes in Stuttgart ist nur zu deutlich (auch unser Freund Tauscher bekam ihn zu spüren): Es geht um die Spaltung der »Demonstranten« in einen ängstlich-friedlichen und in einen zornig-widerständigen Teil (letzterer wird in den nächsten Einsätzen weiter isoliert und traktiert, ersterer weiter eingeschüchtert und distanziert), und zur gleichen Zeit werden Fakten geschaffen. Es geht nicht allein um die Abwehr von Kritik und Protest, es geht um ihre Verhöhnung. Strategisch indessen geschieht etwas anderes: Auch die Klientel einer Merkel/Westerwelle-Regierung beginnt sich unter dem Eindruck einer solchen Vorgehensweise zu spalten. Die Balance zwischen dem Liberalen und dem Konservativen im deutschen Bürger geht verloren; die Regierung mit dem Wirtschaftskasperle Westerwelle und der so gar nicht mütterlichen Angela Merkel und ihren unbarmherzigen Schwestern im Kabinett verliert in der Mitte, was sie rechts mit den dazu abgestellten Hardlinern nur auf höchst kontaminierte Weise gewinnt. Die wirtschaftsliberale Regierung kann demnach, anders als die zu Tauschers Zeiten, das Bürgertum nicht mehr mit ihrem Angebot locken, nicht nur liberal, sondern eben auch »konservativ« zu sein. Die Bilder erklären, dass das Kapital keinen Stein auf dem anderen lassen mag, und nur der manisch progressistische Flügel mag diese Bilder der Zerstörung gutheißen. Was aber zum Teufel kann noch konservativ sein, wenn man unentwegt demonstriert, dass das einzige, was man für erhaltenswert erachtet die eigene Macht ist? Roland Koch, unnachahmlich wie immer, gibt in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* Auskunft auf die Frage, was er unter »konservativ« versteht: »Man muss für die Familie kämpfen, man muss für das Lebensrecht kämpfen, da steht man mitten im Streit. Man muss für Patriotismus kämpfen, für Integration, für eine Dienstpflicht – wenn man sie denn will – für den Platz der Religion, für unsere Wirtschaftsform.« Blubberquax! »Konservativ« im Jahr von Stuttgart 21 ist also nichts als ein bisschen reaktionärer Nebel um die Unterwerfung der Demokratie unter die Wirtschaftsinteressen.

Zivile Revolte, Kritik und persönliche Tapferkeit im Widerstand sind zuvörderst Symptome einer tiefen Entfremdung. Die Notbremse muss gezogen werden, weil der Staat drauf und dran ist, sein politisches Subjekt, den mündigen, freien und verantwortlichen Bürger, abzuschaffen (Woran soll ein Staat, der der

Rechte verhandelt – bis sie, saturiert oder eingeschüchtert, zusammengebrochen sind. Es fehlt, glücklicherweise, in dieser bürgerlichen Revolte auch das Märtyrertum, alle blinde Gewalt, es fehlt der Terror. Es fehlt der Wille zur »großen Erzählung«, zur eschatologischen und »religiösen« Aufladung. Das Zentrum dieser Revolte ist das freie, verantwortungsvolle und selbstbewusste Individuum. Es ist die Erfüllung des verratenen Ansatzes der bürgerlichen Revolution, vom Menschen, der weder Knecht noch Herr ist, vom Menschen, der das Recht hat, Persönlichkeit zu sein und als Persönlichkeit im öffentlichen Raum zu agieren, und wenn dieser öffentliche Raum auch erst wieder erobert oder vielleicht sogar wieder hergestellt werden muss.

Dass zu Guttenberg, als er noch Verteidigungsminister war, öffentlich machte, dass in Afghanistan vor allem deutsche Wirtschaftsinteressen (die Interessen der deutschen Wirtschaft) »verteidigt« werden, bedeutet auch eine innenpolitische Kampfansage. Die moralische Fraktion des Bürgertums wird von der anderen Seite, der Fraktion des ökonomischen Zynismus, noch einmal verlacht und ausgegrenzt. Eure Guttheit kotzt uns an, sagen sie und lassen die Polizei- und Medienhunde los. Auch die *F.A.Z.* verhöhnt den moralischen Teil des deutschen Bürgertums: Da wehrt man sich im Feuilleton dagegen, dass alles zu Stuttgart 21 werde, »nur weil man sich einmal etwas Großes ausgedacht hat«. Als wäre da die Fähigkeit des *Think Big* gegen einen muffigen Vorgarten-Sozialismus oder eine Kleingarten-Ökologie zu setzen und als wären nicht genau diese »großen« Dinge, die sich die entsprechenden Geldfreunde in den letzten Jahren so ausgedacht haben, zu den gewaltigsten Monumenten der Kleinkariertheit geworden (all diese Großprojekte verfallen in Ermangelung einer sozialen Praxis, was nichts macht, denn die Karawane der Profiteure ist ja schon wieder weiter gezogen). Dies nämlich ist die Wahrheit eines Projektes wie Stuttgart 21: Unglaubliche Mengen von Geld, unglaubliche natürliche und kulturelle Zerstörung, unglaubliche Verquickungen von Ökonomie, Politik und Mafia, unglaubliche soziale Gewalt – und wofür? Für zwanzig Minuten Zeitersparnis, versprochen von einer eher bizarren Institution des Übergangs, der Deutschen Bahn, die zugleich mit 2 Milliarden Gewinn prahlt, die Fahrpreise erhöht, bei immer weniger Service – nicht einmal minimal hygienische Standards sind einzuhalten, von Fahrplänen zu schweigen. Der bürgerliche Protest richtet sich gegen jene destruktiven Großprojekte, die nur großes Geld in den Oligarchien verschieben und den Immobilienkrieg der Städte anheizen, und von denen in der Sphäre der öffentlichen Güter, des sozialen Alltags nur ein kleiner, schlechter Witz bleibt.

Postdemokratische Politiker und ihre neoliberalen Wahlverwandten sind bereit, in Afghanistan wie in Stuttgart, Opfer für die Interessen der Wirtschaft zu bringen, weil die Geldbewegung als Wert an sich gilt. Den Mythos, dass was der Wirtschaft diene, zugleich auch »dem Menschen« und »der Gesellschaft« diene, kann auch die größte Blödmaschine ernsthaft nicht aufrechterhalten (aber welcher Blödmaschine geht es schon ums Ernsthafte?). Der Aufstand der moralischen Bürger hat sie, das ist nicht zu verachten, zuerst zu einer überraschenden Ehrlichkeit gezwungen. Daher: Gleichgültig, wie sie »ausgehen«, haben die bürgerlichen Revolten schon jetzt für Aufklärung gesorgt. Kaum eine oder einer kann sagen, er oder sie hätten von nichts gewusst.

## Die Rolle der Geheimdienste, der Polizei und der Justiz.

So einfach es sein mag, dem postdemokratischen Staat vorzuhalten, er sei Protagonist von Ökonomisierung und Privatisierung, so problematisch ist dies gegenüber seinen primären und sekundären Instrumenten. Es mag in einem unvorsichtigen Moment einem deutschen Politikermund entschlüpft sein, wofür sofort Medien und Kollegenschaft angesichts des Tabu-Verstoßes intervenierten, dass man in Afghanistan um deutsche Wirtschaftsinteressen kämpfe (was im übrigen für eine Exportwirtschaft, deren Basis die Rüstungsindustrie auf der einen, die technologischen Luxusgüter für oligarchische Ansprüchen auf der anderen Seite bilden, auf noch obszönere Weise wahrhaftig klingt), jedenfalls ist es zweifellos Tatsache, dass die Armee in einer postdemokratischen, neoliberalen Gesellschaft postdemokratische, neoliberale Ziele verfolgt. Daher ist es ein großer Unterschied, ob, zum Beispiel, ein Krieg in Afghanistan »gewonnen« wird oder ob »seine Ziele erreicht« werden.

In den kommenden Auseinandersetzungen werden nicht nur die in eine Eingreiftruppe für das globalisierte Markt- und Mediengeschehen verwandelte Armee (Krieg wird von einer postdemokratischen Regierung aus zwei Gründen geführt: für ökonomische Interessen und um die Produktion von Bildern), sondern auch Polizei und Justiz eine Schlüsselrolle spielen. Die Frage ist, ob sie die Postdemokratisierung eher aufhalten oder beschleunigen. Konkreter gesagt wird es darum gehen, ob eine Polizei zum Beispiel, im Zweifelsfall auch gegen ihre politisch-ökonomische Instrumentalisierung, ein menschliches Gesicht behalten wird oder ob sie sich zu einem Werkzeug im Bürgerkrieg machen lässt. Die »Arabellion« in den nordafrikanischen Gesellschaften forderte ihre Opfer durch

das teilweise so unmenschliche Eingreifen von Polizei und Geheimdienst, sie verdankt allerdings auch ihren vorläufigen Sieg den Überläufern und jenen, die ihrem Gewissen und nicht ihren Vorgesetzten folgten (vielleicht auch jenen, die clever genug waren, zur rechten Zeit die Seiten zu wechseln). Die Macht- und Gewaltinstrumente der postdemokratischen und parademokratischen Gesellschaften enthalten eine gewisse Sprengkraft, insofern sie beständig dazu tendieren, sich zu verselbständigen.

Was haben Schuldenkrisen, Staatskrisen, Bankenkrisen, die starr neoliberale Politik der meisten europäischen Regierungen und die neuen »bürgerlichen« Oppositionsbewegungen gegen sie mit der Polizei und ihrer Rolle in der Gesellschaft zu tun? Eine ganze Menge, insofern es um die staatlichen Reaktionen auf die verschiedenen Formen des zivilen Ungehorsams gegen eine Politik geht, die sich um das Wohl von Banken mehr kümmert als um das der eigenen Bevölkerung. Es ist abzusehen, dass der Widerstand in der Bevölkerung gegen diese Politik der ungerechten Verteilung der Gewinne und der Lasten zunehmen wird, und dass an mehreren Orten, irgendwann auch im eigenen Land, entstehen wird, was unsere Medien »bürgerkriegsähnliche Zustände« nennen. Und es ist absehbar, dass die Regierungen, der populistischen Lippenbekenntnisse zum Trotz, in diesem Zustand einer an ihrer eigenen Ungerechtigkeit auseinander brechenden Gesellschaft gegen ihre unbotmäßigen Bürger immer mehr die Polizei einsetzen werden. Eine Polizei, die möglicherweise zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch in Deutschland um ihr demokratisches Grundverständnis ringen muss. Denn offensichtlich häufen sich Einsätze, die nicht mehr dem Auftrag unseres Polizeigesetzes unterliegen, nämlich die öffentliche Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten, sondern den Interessen sehr spezieller politisch-ökonomischer Allianzen dienen. Wenn es, wie in Stuttgart geschehen, so offensichtlich nicht mehr um die öffentliche Ordnung, sondern um ein strategisches Kalkül zur Eskalation geht oder um die Einhaltung von Bau-Terminen, die mit der Auszahlung von Subventionen zusammenhängen, wie es wiederum in Stuttgart und im Val di Susa so überdeutlich war, dann stellt sich für jede Polizistin und jeden Polizisten die Frage, inwieweit die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols noch mit demokratischen und menschlichen Grundsätzen übereinstimmt. Wo hört die Polizei auf, ihren demokratischen Auftrag zu erfüllen, und wo beginnt sie, in der postdemokratischen Allianz von Regierungen und Finanzkapitalismus für einen ökonomischen Bürgerkrieg missbraucht zu werden?<sup>4</sup>



An den »vordersten Fronten« werden sich dabei junge Menschen gegenüberstehen, und auf beiden Seiten sind es Menschen, die die Auswirkungen der rücksichtslos ökonomisierten Politik am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Sie sollten, wenn alles mit rechten Dingen zugeht, miteinander nach Lösungen suchen, statt einander zu bekämpfen, sie sollten über die Werte reden, die es zu verteidigen gilt. Statt einander zu prügeln, sollten sie miteinander für die Zukunft einstehen, die ihnen durch den neoliberalistischen Fundamentalismus genommen wird. Jemand muss ein Interesse daran haben, dass sie das nicht tun.

Natürlich hat man im Einsatz andere Sorgen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, was in einem Menschen vorgeht, der sich als »Bullenschwein« oder Schlimmeres beschimpfen lassen muss, der körperlich attackiert wird, der fürchten muss, durch Steinwürfe und Flammen verletzt zu werden. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, welcher Druck von oben dabei auf einem lastet, welchen Druck Medien aufgebaut haben, welcher Druck auf dem Lebensziel jeder jungen Polizistin und jedes jungen Polizisten lastet. Man muss sich in solchen Einsätzen bewähren, denn man ist gleich weit entfernt von einer halbwegs sicheren Existenz und vom sozialen Absturz. Menschen, die diesen Druck nicht kennen, zu dem noch die Beobachtung durch die Kolleginnen und Kollegen kommt, Versagensangst und Bewährungshoffnung, die haben leicht reden. Und trotzdem fügt sich unvermeidlich ein weiterer Druck hinzu: Demokratisches Bewusstsein und menschliches Gewissen. Vom Verhalten jeder einzelnen Polizistin und jedes einzelnen Polizisten bei einem Einsatz gegen demonstrierende, blockierende, ja auch rebellierende Bürger hängt die Hoffnung auf eine demokratische, rechtsstaatliche und menschliche Gesellschaft ab. Und diese Entscheidung spielt sich nicht nur im Kopf einer Demonstrantin oder eines Demonstranten ab (im Kopf von Menschen mithin, die die gleichen Sorgen um Alltagssicherung, Familie und Lebenschancen haben), sondern auch im Bild, das die Medien verbreiten. Eine Polizei, die vorwiegend Stärke zeigt, zeigt vor allem die Schwäche der Demokratie. Eine Polizei, die ihr »robustes« Vorgehen als Erfolg ausgibt, produziert vor allem Menschen, die das Vertrauen zu dieser Institution der Gesellschaft gründlich verlieren und andere, die mehr an Macht als an Demokratie glauben. Eine Polizei, die den öffentlichen Raum nicht zu schützen, sondern ihn zu leeren auszieht, erzeugt an der Stelle von Öffentlichkeit deren Fortsetzung und Gegenteil: Heimlichkeit. Und eine Polizei, die in ihren Einzelaktionen tückische und brutale Formen der Gewalt ausübt, erzeugt vor allem die Bereitschaft zu tückischer und brutaler Gewalt. »Leicht«, sagt einmal jemand in einem amerikanischen Film, »leicht ist

die Arbeit eines Polizisten nur in einem Polizeistaat«. Die Würde eines Polizisten in einer demokratischen Gesellschaft bestünde darin, dass er sich die Arbeit nicht leicht macht und nicht leicht machen lassen will. Ist die Möglichkeit, angesichts der neuen sozialen Bewegungen den Polizei-Einsatz, so weit es eben geht, demokratisch, human und »vernünftig« zu halten, bereits vertan? War sie jemals in Erwägung gezogen? Die Chronik der laufenden Ereignisse scheint entschieden dagegen zu sprechen. Der Einsatz der Polizei in Stuttgart, der im Val di Susa und schließlich der selbst von zurückhaltenden Kommentatoren als überzogen und brutal charakterisierte in New York – sie sprechen eine deutliche Sprache: Postdemokratische Regierungen entgrenzen die Praxis staatlicher Gewalt gegenüber Dissidenten, deren Anliegen sie gerade noch mit »Verständnis« beheuchelten, nicht in fahrlässigem Verhalten gegenüber der öffentlichen Wirkung, sondern ganz gezielt als Schauspiel symbolischer Politik. Die Polizeigewalt richtete sich insbesondere in New York nicht allein gegen die Demonstranten der Occupy-Bewegung, sondern auch gegen die Presse: Auf Reporter und Fotografen wurden gezielte Angriffe gestartet, sie wurden mit dem absurden Hinweis darauf verhaftet, dass das Fotografieren vom Bürgersteig aus verboten sei. Die Polizeigewalt scheint beständig auch aus dem Ruder zu laufen, etwa wenn Polizisten neben Journalisten und Prominenten schon auch einmal einen anwesenden Richter verprügeln. Angesehene Journalisten wie Michael Greenberg hatten zuvor – vielleicht auch das ein unvorsichtiges Signal in Richtung der Befehlsgeber des Einsatzes – öffentlich erklärt, die OWS- und »Wir sind die 99 Prozent«-Bewegung sei durch die Sympathie der Öffentlichkeit »geschützt« (nicht einmal halb so viel Zustimmung wie OWS erhielt die »Tea Party«-Bewegung, die ganz gewiss nie mit einem harten Polizeieinsatz rechnen musste).

Nach Angaben des Bürgermeisters von Oakland hat das Ministerium für innere Sicherheit an einer Konferenz von 18 Bürgermeistern teilgenommen und dabei Anweisungen für das effiziente und schnelle Niederschlagen von Protesten und das Räumen öffentlicher Plätze gegeben. Das ist im übrigen ein klarer Verstoß gegen amerikanisches Recht, das föderale Zusammenschlüsse und das Eingreifen der Bundespolizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ausdrücklich verbietet, der, unnütz zu sagen, ohne Folgen blieb. Einige der Forderungen der Occupy-Bewegung nämlich rührten in der Tat an die vitalen Interessen der postdemokratischen Verflechtungen, unter anderem das Verbot der Parteienfinanzierung durch die Konzerne, des Lobbyismus, die Reorganisation der Bankenaufsicht, die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken und schließlich ein

Verbot für Mitglieder des US-Kongresses, Gesetze zu verabschieden, bei denen Unternehmen betroffen sind, denen sie selbst verbunden sind. So versteht man mit Naomi Wolf das Wesen der Befehlskette für den brutalen und rechtswidrigen Polizeieinsatz: »Das Ministerium für Innere Sicherheit (DHS) ist weisungsgebunden, das Ressort untersteht dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Homeland Security, Peter King, der wiederum unter dem Einfluss der Interessen seiner Kongress-Kollegen steht. Und es gehorcht dem Präsidenten, der freilich zum Zeitpunkt der Räumungsaktionen Australien besuchte. Mit anderen Worten, die Logik der Befehlskette impliziert: Die Aufsichtspersonen im Kongress haben mit dem Placet des Weißen Hauses das DHS angewiesen, Bürgermeister zu autorisieren, der Polizei Order zum gewaltsamen Vorgehen zu geben. Weshalb – das liegt auf der Hand: Seit Jahren kommen neue Kongressmitglieder vorrangig aus der oberen Mittelschicht. Wenn sie den politischen Betrieb als Eingeweihte wieder verlassen, haben sie gewaltige Vermögen angehäuft, was man dem ›Skandal um den republikanischen Präsidentschaftsbewerber Newt Gingrich entnehmen kann, der für ein paar Stunden Beratung 1,8 Millionen Dollar Honorar kassierte«.

Um die objektive Rolle der Polizei in der Oligarchisierung der Postdemokratie zu verstehen, genügt es also, die Befehlsketten zurückzuverfolgen, und natürlich kommen wir auch in Stuttgart oder in Turin auf Politiker, die sich von Finanzplätzen, Großprojekten und Immobilienkonglomeraten versprechen dürfen, mit gefüllten Taschen davon zu gehen. Die Härte des Polizeieinsatzes, auch darauf dürfen wir wetten, steht jeweils in direktem Verhältnis zu den persönlichen ökonomischen Interessen der Menschen an den Schlüsselpositionen der Befehlskette. Andersherum dürfen wir in aller Regel diese Härte auch in Beziehung setzen zu einem »wunden Punkt«, der von den Demonstranten berührt wird – wie die Ermächtigung der Kongressabgeordneten, über Belange der eigenen Firmen und der Konzerne abzustimmen, von denen man bezahlt wird. Sowohl bei Stuttgart 21 als auch bei der Hochgeschwindigkeitsstrecke Turin-Lyon (TAV) war das überaus harte Vorgehen der Polizei verbunden mit einem Termin für einen bestimmten Bauvorgang, dessen Verfehlung finanzielle Einbußen oder den Verlust von Subventionen zur Folge gehabt hätte (und untersuchen wir doch einmal die Rolle von Bonus-Zahlungen und Beraterverträgen bei der polizeilichen Durchsetzung von Großprojekten...).

»Wenn man alles zusammenführt und versteht, lässt sich das rigorose Vorgehen gegen die Protest-Bewegung durchaus als die erste Schlacht eines Bürgerkrieges deuten, bei dem für den Augenblick nur eine Seite zur Gewalt greift« (Naomi

Wolf). So begreifen wir auch die Notwendigkeit von Einschüchterung und Korruption der Presse, die am Ende zwar das Drohpotenzial des bewusst »überharten« Polizei-Einsatzes verbreitet, nicht aber nach seinen Ursachen und nicht nach seiner tückischen Mikropolitik fragen soll, die aus Verkettungen von sadistischen Übergriffen und asymmetrischer Gewalt besteht.

Zu diesem Drohpotenzial, damit nähern wir uns den subjektiven Bedingungen der Polizei-Einsätze im beginnenden Bürgerkrieg von oben, gehört es, die Polizei als abstrakte, technische und »neutrale« Gewalt darzustellen – das Bild des einzelnen prügelnden, pfeffersprayenden Menschen/Polizisten dagegen wird stets sogar die »schweigende Mehrheit« der Bürger verschrecken (Auch hier ein Vorschlag: Im allgemeinen gilt als Konsens, dass sich die Bewegungen wie Occupy ausgesprochen bürgerlich verhalten; betrachten wir dagegen die in der Mainstream-Presse verbreiteten Bilder von Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, dann sind die von der Polizeigewalt betroffenen mehrheitlich dem klassischen Bild »jugendlicher Randalierer« verpflichtet). Daher muss der Polizei-Einsatz zugleich die Nahaufnahme verhindern, was mit der gezielten Gewalt gegen die Pressevertreter und andere Multiplikatoren gelingt, und es muss das abstrakte Drohpotenzial gegen die »chaotische« Menge der Demonstranten verbreitet werden. Die »Chaotisierung« des Gegners ist demnach eine der ersten Aufgaben des Einsatzes. Die zweite Aufgabe ist es, Gegenwehr zu provozieren. Wird das Bild gewalttätiger Demonstranten erzeugt, so ist auch der »überharte« Einsatz der »neutralen« Polizei gerechtfertigt, auch wenn vorher noch durchaus deutlich gewesen sein kann, dass der Einsatz eben nicht der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, sondern der Durchsetzung sehr partikularer, oligarcher Interessen dient. Und da eine allzu genaue Betrachtung der Befehlsketten bei harten Polizeieinsätzen gegen Demonstranten noch stets einen Zusammenhang zwischen einem Knüppelschlag und den ökonomischen Interessen von Parteien und von einzelnen Politikern zutage fördern würde, muss diese Befehlskette zugleich verschleiert und ihre Aufklärung für die Protagonisten kritischer Recherche gefährlich gemacht werden. Ein starkes Medium kann sich die Polizei nicht zum Gegner machen, weil dann ein Informationsdeal in Frage gestellt wird, ein schwaches Medium kann sich die Polizei nicht zum Gegner machen, weil es eben schwach ist.

Tückisch dabei ist, dass der Begriff des Rechtsstaates durchaus widersprüchlich benutzt wird, nämlich einmal im Sinne der Ökonomie und das andere Mal im Sinne der Demokratie. So steht in solchen Konfliktfällen, was das formale Recht

anbelangt, sehr häufig das Recht des geschlossenen Vertrages gegen das Bürgerrecht. Und nicht nur beim Freimachen des Weges von Castor-Transporten von unbotmäßigen Bürgerinnen und Bürgern steht dabei das ökonomisch-politische Vertragsrecht gegen das Bürgerrecht (übrigens wurde mit ganz ähnlichen Argumenten gegen einen Bürgerentscheid in Griechenland argumentiert). Es wird also schlichterweise das ökonomische Vertragsrecht (verlässliche Partner, so heißt es im Jargon) über das Bürgerrecht gestellt, einmal mehr also offiziell und staatlich die Interessen der Wirtschaft über die Interessen der Bürger. Und das Instrument für diese Hegemonie ist die Polizei. Dass sie in der Regel zum harten Einsatz kommt, wenn das letzte Glied der Befehlskette gerade zufällig im Ausland oder öffentlich mit anderen Themen beschäftigt ist, versteht sich beinahe von selbst. Kaum jemand hat je Barack Obama oder Angela Merkel in einen Diskurs mit der Polizeigewalt oder der »blinden« Justiz gebracht; man darf schließlich nicht vergessen, dass zum Beispiel mehr als die Hälfte aller Amerikaner die Ansichten und Ziele der Occupy-Bewegung teilt, soweit sie sich in einfache Diskurse bringen lässt, und auch zur Zeit des schwarzen Donnerstags in Stuttgart konnten sich die Demonstranten einer verbreiteten Sympathie in der Bevölkerung sicher sein. Es geht also bei den überharten Einsätzen der Polizei in den neuen »bürgerlichen« sozialen Bewegungen nicht mehr um die Abwehr einer »kleinen radikalen Minderheit«; die Polizei prügelt hier im Interesse einer kleinen radikalen Minderheit auf eine Mehrheit der Bevölkerung ein, real, symbolisch und medial. Es ist daher notwendig, fair gegenüber den »Prügelknaben« (und »Prügelmädel«) und sinnhaft, die Befehlsketten bei solchen Einsätzen bis an die Spitze zu verfolgen und die Polizei nicht als losgelöstes »unpolitisches« Instrument zu betrachten. Am Ende nämlich gibt es, wenn die Polizei in einem neuen, von »oben« geführten Bürgerkrieg missbraucht wird, nicht nur ein Widerstandsrecht gegen die Polizei, sondern auch ein Recht auf »Befehlsverweigerung« in der Polizei.

Warum aber »funktioniert« in diesem beginnenden Bürgerkrieg in den postdemokratischen Gesellschaften die Polizei im Inneren so reibungslos, ja mehr noch, warum übertreibt die Praxis noch beinahe stets die eingeforderte Härte aus den Interessen der Befehlskette? Es gibt zunächst sehr einfache, organisatorisch und ökonomisch produzierte Gründe: Die frustrierenden Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bereitschaftspolizei, ihr Einsatz entfernt von der eigenen Region, um menschliche Kontakte und Konflikte zu verhindern (so soll vermieden werden, dass Polizisten auf ihre eigenen Eltern, Freunde, Lehrer etc. einprügeln müssen), das Angst-Management auf beiden Seiten, die absurde technische Überrüs-

tung und Anonymisierung, der Gruppen- und Hierarchiedruck und vieles mehr. Zu einem Gutteil freilich ist auch eine mediale Öffentlichkeit an diesem Prozess beteiligt, die allenfalls nach dem Skandal- und Sensationsprinzip berichtet. Als Bürgerinnen und Bürger, als Menschen werden gerade die jungen Polizistinnen und Polizisten dagegen von der Politik so sehr wie von den Mainstream-Medien vollkommen allein gelassen. Die Gesellschaft verabsäumt es, nur zum Beispiel, einen Konsens darüber zu erzielen, was ein angemessener, ein demokratischer, ein humaner (sofern das möglich ist) Einsatz der Polizei bei Akten des zivilen Ungehorsams sein mag, und sie verabsäumte es, einen »Code of Conduct« für Polizisten im Einsatz zu fordern, die schließlich nicht nur die Demokratie gegen ihre vermeintlichen Feinde verteidigen, sondern dabei auch selber demokratisch legitim agieren sollen, was bedeutet, dass sich ein Polizeieinsatz in einem politischen Umfeld nicht nur an die Buchstaben des Gesetzes, sondern auch an den Geist einer verständigen Zivilgesellschaft halten müsste. Während Gewalt der Demonstranten so offen verhandelt und eben juristisch wie medial verurteilt wird, unterliegt die Polizeigewalt einem Schweigegebot aus politischer Macht, Hierarchie und Korpsgeist. Eine Heldin oder einen Held dürften wir ohne zu zögern jenen Menschen nennen, der sich diesem Schweigegebot nicht beugt. Es geht nicht nur um »die« Polizei und darum, wie die Politik sie einsetzt und welche (Bürger/Kriegs-) Dramaturgie die Medien aus Ihren Einsätzen machen. Es geht auch um jeden einzelnen Polizisten, so unsichtbar sie auch in ihren Panzerfahrzeugen, hinter ihren Helmen und Schutzschilden sein mögen. Es geht um das Recht und die Pflicht, nicht nur Polizisten zu sein, sondern auch Menschen – und Bürger.

Nach unserem Polizeigesetz besteht die Aufgabe der Polizei darin, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und die öffentliche Ordnung zu schützen (bemerkenswerterweise beginnen die Schwierigkeiten da schon bei der Suche nach dem, was eigentlich überhaupt noch öffentlich, also noch nicht »privatisiert« ist). Was aber, wenn die Polizei dazu missbraucht wird, die Interessen von Banken, die Interessen von Konzernen bei technisch-ökonomischen Großprojekten, die Interessen von Politikern, die sich mit ihnen verknüpft haben, gerade gegen die Öffentlichkeit zu verteidigen, die am Ende immer nur aus einem Stoff besteht, aus wirklichen Menschen, die sich für ihre Interessen, ihre Rechte, ihre Zukunft sichtbar machen wollen? Immer mehr Menschen, auch weitab von politischer Agitation und Aktivität, stellen sich ernsthaft die Frage, von welcher Seite eigentlich die größere Gefahr für die Demokratie ausgeht, von den »Demonstranten« oder von den Polizeieinsätzen.

Die Politik einer Regierung, die mehr Interesse für das Funktionieren der Finanzmärkte als für Leben, Glück und Zukunft der eigenen Bevölkerung zeigt, endet unabdingbar, hier früher, dort später, bei der Polizei. Und dies in doppeltem Sinne. Erstens machen Ökonomisierung und Privatisierung der neoliberalen Politik auch vor dieser Institution nicht halt: Die Gewinner des Spiels schaffen sich ihre privaten Sicherungskräfte, am Ende ihre Privatarmeen. Der verbliebenen »öffentlichen« Polizei bleibt die Aufgabe, die Verlierer in Schach zu halten. Sollen wir sagen: die Drecksarbeit? Diese Polizei wird ökonomisiert auch insofern sie zum Objekt der Sparmaßnahmen wird, was im Endeffekt bedeutet, Polizistinnen und Polizisten müssen, wie alle anderen Opfer dieser Politik mehr arbeiten und erhalten dafür weniger Reallohn. Die technische Aufrüstung der Polizei, die schließlich wiederum die Privatwirtschaft ankurbelt, steht in keinem Verhältnis zur personalen Besetzung, zu Ausbildung und Betreuung. Beförderungstau, strapaziösen Arbeitszeiten, Einsätze dort, wo man sich nicht zu Hause fühlt, Mobbing, hohe Aussteigerquoten, berufsbedingte Krankheiten, desolate Familiensituationen – es sieht in der wirklichen Polizei nicht so aus wie in den gemütlichen Revieren unserer Fernsehpolizisten.

Wir sehen, dass man die Polizei als soziale Institution zugleich kaputtsparen und ihr Gewaltpotenzial erhöhen will. So muss die Polizei technisch immer »besser« und sozial immer schlechter werden. Und ganz zweifellos kann man die Verwendung von Trojanern und Drohnen ebenso wenig als »vertrauensbildende Maßnahmen« ansehen wie die Verwandlung von Bereitschaftspolizisten in hochgerüstete schwarze Roboterkrieger, die einem üblen Science Fiction-Film eher entsprechen als einer Konfliktlösungsstrategie in einer demokratischen Zivilgesellschaft. Der Polizei-Beruf verliert in einer solchen Situation nicht nur an ökonomischer, sondern auch an sozialer Attraktivität. Man wird nicht nur vergleichsweise schlecht bezahlt für eine schwere Arbeit, zugleich wird auch der Graben, der die Polizei von der Bevölkerung trennt, immer größer. Während die »Schutz«-Funktion immer weiter privatisiert wird (Privatpolizeien und Security für die Wohlhabenden), wird das Drohpotential der Polizei immer weiter sozialisiert. Damit wird in einem Instrument des postdemokratischen Staates wiederholt, was auf dem Markt längst Gewohnheit ist, die Privatisierung des Gewinns und die Sozialisierung des Verlustes. Wohlgemerkt, wir sprechen nicht von den bösen Buben, den »gewaltbereiten Chaoten«, dem kriminellen Milieu oder den sozialen Brennpunkten, wir sprechen von einer tiefen Entfremdung zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern.

In dieser Situation wiederum, von Unsicherheit, Kränkung, Gewalt und Frustration bestimmt, können nur allzu leicht auch jene anderen Kräfte einsetzen, denen Polizei und Geheimdienste sehr offensichtlich wesentlich flexibler begegnen als den Protagonisten eines bürgerlichen Aufstandes, des zivilen Ungehorsams. Im Modell von Naomi Wolf von der Befehlskette der Polizeieinsätze ist der Grund dafür ziemlich klar: Neonazi-Aufmärsche mögen zwar lästig sein, das Bild der idealen Gesellschaft ein wenig verschmutzen, möglicherweise auch die Attraktivität des einen oder anderen potenziellen Wirtschafts- oder Touristik-Standortes beschädigen, die vitalen Interessen der Oligarchien in Ökonomie und Politik berühren sie nicht. Ihr Drohpotenzial ist vielmehr nicht selten durchaus nützlich; gewalttätige Neonazis kommen einer auf Abschreckung und Vertreibung basierenden Flüchtlings- und Asylpolitik vielleicht durchaus zupass (den Rest erledigt die reflexartige Gleichsetzung von rechten und linken »Extremisten«; und gleich darauf die von Faschisten und Antifaschisten – in Deutschland darf sich eine antifaschistische Initiative sicher sein, mindestens genau so viel Aufmerksamkeit bei Polizei und Geheimdienst zu erregen wie die faschistische). Nicht erst bei der so seltsam verspäteten Aufklärung der Mordserie der neofaschistischen »NSU«-Gruppe musste der Öffentlichkeit deutlich werden, dass die extreme Rechte Sympathien und Unterstützer direkt in der Polizei hat. Nicht weniger schwerwiegend scheint es, dass es gängige Praxis zu werden scheint, dass die Polizei Versammlungs- und Demonstrationen der Neonazis gegenüber der Öffentlichkeit geheim hält, um Konfrontationen mit antifaschistischen Gruppen zu verhindern. Dieses Verfahren, wie etwa in Berlin praktiziert, widerspricht offenbar politischer Rhetorik: »Das Vorgehen der Berliner Polizei und Versammlungsbehörde steht im eklatanten Widerspruch zu einer Ankündigung von Innensenator Ehrhart Körting. Der hatte nach den gewalttätigen Übergriffen auf Gegendemonstrantinnen und Passantinnen beim neonazistischen Demonstrationsversuch in Berlin-Kreuzberg am 14. Mai 2011 angekündigt, dass Ort und Zeit von Neonazi-Veranstaltungen künftig mindestens 24 Stunden im Vorfeld bekannt gegeben würden. Laut Körting könne nur so die Sicherheit der Anwohnenden gewährleistet und dem Recht auf Gegenproteste Rechnung getragen werden« (apabiz e.v.). Was sagt uns die Diskrepanz zwischen Ankündigung und Praxis?

Sie ist am Ende Ausdruck jener rettungslosen Spaltung der politischen Klasse in den Teil, der effektiv im Sinne des Systems arbeitet (jenes, das unentwegt klar macht, dass Demokratie schlecht für den Markt ist) und in den Teil, der sich (wie



ein Nachfahr unseres gütigen Herrn Senators oder seiner fürsorglichen Ehefrau) »dem Volk« zuwendet. »Beide«, so Jürgen Habermas, »driften auseinander – die Systemimperative des verwilderten Finanzkapitalismus, den die Politiker selbst von der Leine der Realökonomie entbunden haben, und die Klagen über das uneingelöste Versprechen sozialer Gerechtigkeit, die ihnen aus den zerberstenden Lebenswelten ihrer demokratischen Wählerschaft entgegenschallen«. So gilt es auch die Befehlskette der Polizei in diesem Auseinanderdriften noch genauer anzusehen, auf der Spur jener, die befehlen, und auf der Spur jener, die verschleiern. Die Polizei in den beginnenden Bürgerkriegen der postdemokratischen Gesellschaften muss nicht mehr die öffentliche Ordnung aufrechterhalten. Um es genauer zu sagen: Eine solche öffentliche Ordnung gibt es nicht mehr; das »Zerbersten« hat längst No-go-Areas unten und »Guarded Communities« oben geschaffen, das verbleibende Dazwischen konnte weder »öffentlich« bleiben – sieht man von der Öffentlichkeit des Verkehrs, des Verkaufs und der Werbung ab – noch gar geordnet, stattdessen droht hier: Sichtbarkeit des Zerberstens! Die Aufgabe der Polizei – in Bezug auf die Äußerungen des zivilen Ungehorsams und der Kritik wohlgemerkt – besteht darin, den Mangel an sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Freiheit zu bearbeiten, mit ihren Mitteln.

Die neuen Formen des Protestes, die eben nicht mehr allein von den Rändern der Gesellschaft kommen, sondern aus ihrer Mitte, und die noch stärker auf die eigene Gewaltlosigkeit bestehen als alle vorigen, verändern die Beziehung zwischen den protestierenden Menschen, die den öffentlichen Raum besetzen, und den Polizisten, die sie daraus vertreiben noch einmal erheblich. Die Bilder von Polizeieinsätzen in New York, Athen oder Stuttgart, so unterschiedlich sie auch sein mögen, prägen sich in eben jener demokratischen Öffentlichkeit schmerzhaft ein, zu deren Schutz die Polizei eigentlich bestallt ist. Die Sympathie der Bevölkerung, das ist sicher neu und das können auch die Medien der Niedertracht wie die deutsche *Bild*-Zeitung nicht mehr ändern, ist nicht mehr »automatisch« mehrheitlich auf Seiten der Polizei und gegen die »Störenfriede«. Aber auch dies scheint Teil einer neuerlichen Ungerechtigkeit: Von der sozialen Drecksarbeit zur Sündenbock-Funktion. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört der Stolz auf die eigene Polizei (nebst der Hoffnung, sie möge immer weniger Arbeit haben); zu einer postdemokratischen dagegen, dass die Abschaffung der Solidarität eben auch die trifft, die den eigenen Interessen dienen.

Jene neuen sozialen Bewegungen, denen man ja nicht zufällig die Bezeichnung »bürgerlich« verpasst hat, zeichneten sich am Beginn durch ein fundamen-

tal gewaltfreies Agieren ihres zivilen Ungehorsams aus. In Stuttgart wie in New York konnte man beobachten, wie betont harte Polizeieinsätze dazu verwendet wurden, die Gewaltfreiheit der Demonstranten aufzubrechen. Am Ende wird eine solche Strategie der Erzeugung von Gewalt, gegen die dann »legitimiert« vorgegangen werden kann, in einer asymmetrischen Führung eines Bürgerkriegs von oben, stets erfolgreich sein (es sei denn, die Polizistinnen und Polizisten entwickelten selbst Widerstand gegen ihren politischen Missbrauch, wofür sich leider nur allzu wenig Anzeichen zeigen wollen).

Polizistinnen und Polizisten sind abhängig von drei Anleitungen: 1. Von den Anweisungen von Politikern. 2. Von den Einsatzbefehlen ihrer Vorgesetzten. 3. Von den Wechselwirkungen zwischen den Kolleginnen und Kollegen vor Ort aber auch jenseits des konkreten Einsatzes. Polizistinnen und Polizisten sind jedoch immer noch von drei anderen Komponenten abhängig: 1. Von den Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit. 2. Von einer allgemeinen Verpflichtung auf Bürgerrecht und Menschlichkeit. 3. Vom eigenen Gewissen. Für alles Handeln innerhalb einer humanistischen Demokratie ist bedeutsam, dass die drei letzten Komponenten stets höher werten als die ersten. In unserer Praxis verhält es sich umgekehrt, denn jede Polizistin und jeder Polizist ist auch Gegenstand einer ökonomischen Erpressung, die bescheidenen Privilegien und ein mit einem Einverständnis gekoppeltes Versprechen relativer Lebensplanungssicherheit unterscheiden unter anderem diesen Beruf von solchen, in denen sich Fragen politischer und jeder Polizist ist auch Gegenstand einer ökonomischen Erpressung, die bescheidenen Privilegien und ein mit einem Einverständnis gekoppeltes Versprechen relativer Lebensplanungssicherheit unterscheiden unter anderem diesen Beruf von solchen, in denen sich Fragen politischer und menschlicher Moral eher indirekt und langfristig stellen und weitgehend im Verborgenen bleiben. In der Erscheinung, in der Handlung und in der Funktion des Polizisten (nicht nur) im »politischen« Einsatz drückt sich der Staat aus, möglicherweise mehr als in seinen demokratischen Ritualen.

Und so begänne eine Renaissance der demokratischen, zivilen Gesellschaft unter anderem mit der Überwindung unmenschlichen Verhaltens bei den Konflikten im öffentlichen Raum. Demokratisierung bzw. Redemokratisierung beginnt mit einer Neuformulierung der Ziele, Aufgaben und Mittel der Polizei, und jede Partei, die sich eine Rückkehr zur Demokratie rhetorisch anmaßt, müsste die Polizei im Einsatz gegen die Kritiker von allen Elementen der Unmenschlichkeit befreien. Nur zum Beispiel (um einige der Dinge zu nennen,